

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:
Gebr. Knaub, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Altfeld

Zeitungsspreis: einschließlich Frangierlohn monatlich 2,00.— M., durch die Post bezogen monatlich 2,00.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 600.— M., Einzelnummer 90.— M., Sonnabendnummer 100.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 4spaltige Komparatortabelle 300.— M., auswärts 375.— M., die 2spaltige Komparatortabelle 150.— M., auswärts 180.— M., Anschlag 2400 u. 7500 Bk. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Sieben- u. Kleinanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Einzelübertrag. 60 M.

Nr. 45

Dresden, Donnerstag den 22. Februar 1923

34. Jahrg.

Finanznot und Wirtschaft

Wertbeständige Reichsanleihe

Die wertbeständige Reichsanleihe ist ein wertbeständiges Wertpapier, das 50 Millionen Reichsmark in dreijährigen Schanzenleistungen, die von der Reichsbank garantiert werden, zur öffentlichen Zeichnung gegen Zahlung in Dollarnote und Devisen auslegt. Stände bis zu einem Dollar sollen ausgegeben werden, die bei den Darlehensklassen beliebig sind. Die Auslegung der Anleihe wird für 1. März geplant und der Ausgabebetrag würde 100 Prozent betragen. Die Goldanleihe soll mit einer Verzinsung von 6 Prozent ausgestattet werden. Wenn die Regierung Cuno jetzt eine wertbeständige Goldanleihe ausgibt, so entspricht sie damit einer Forderung, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften aufgestellt wurde. Das Bedürfnis nach wertbeständigen Anleihen ist sehr groß; das hat der Erfolg bewiesen, den die Roggen-, Kohlen-, Kalk- und Eisenanleihen, die in der letzten Zeit ausgegeben wurden, hatten. Sie wurden ausnahmslos überzeichnet und es ist kaum daran zu zweifeln, daß das Reich auch diese Goldanleihe spielend unterbringt.

Auf die Bedenken, die gegen eine solche Goldanleihe sprechen, haben wir schon früher einmal verwiesen. Die Roggen- und Kohleanleihen der Einzelstaaten stützten sich auf den Wertbesitz und die Sachwertleistungen der Länder. Das Reich verfügt zwar über einen Goldvorrat im Werte von einer Milliarde Mark, aber dieses Gold bringt keinen Ertrag. Man versteht nicht, ob beabsichtigt wird, den Ertrag der Goldanleihe irgendwie wertbeständig anzulegen. Es könnte in Frage kommen, daß der Ertrag der Goldanleihe zum Ankauf von Devisen verwendet wird. Die Goldanleihe soll dazu verwendet werden, um die großen Devisenvorräte zu sammeln und produktiv zu verwenden, die heute von der Industrie nur zum Zweck der wertbeständigen Vermögensanleihe gehamstert sind. Man erwartet, daß das Hamstern von Devisen aufhört und damit die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln sich vermindern wird, wenn den Kapitalisten die Möglichkeit gegeben ist, in dieser Goldanleihe ihr Geld wertbeständig anzulegen. Möglich bleibt allerdings, daß eine sehr starke Nachfrage nach dieser Goldanleihe entsteht, die ja nicht so beliebig vergrößert werden kann, daß damit die Kurse der Goldanleihe selbst und damit auch die Kurse der fremden Zahlungsmittel in die Höhe getrieben werden. In diesem Falle könnte die Goldanleihe für die Finanzen des Reiches verhängnisvolle Wirkungen haben, weil ja die Ausgaben, die das Reich zur Verzinsung und später zur Rückzahlung in Wapleren aufwenden muß, dann ganz gewaltig steigen würden.

Der Versuch, unsere Währung durch rein finanzielle Maßnahmen zu heilen, ist auf jeden Fall nur ein Kurieren am Symptom. Der Versuch, unsere Währung zu heilen, ist ja eben ein Ausdruck der Schwäche und der Herrlichkeit unserer ganzen Wirtschaft. Damit soll nicht gesagt sein, daß die leicht gebotene Maßnahme nicht zu billigen sei. Sollte es gelingen, den Arbeiter der deutschen Wirtschaft auch nur eine Zellkern von den verheerenden Weltwirtschaftskrisen zu befreien, so wäre damit vielleicht eine Zeit gewonnen, in der sich die deutsche Wirtschaft erholen könnte. Keinesfalls darf man sich freilich, wenn man das Geld unserer Währung heilen will, auf rein währungsökonomische Maßnahmen beschränken. Das außerdem noch zu tun ist, haben wir oft genug gesagt. Durch eine bessere Organisation unserer Wirtschaft und unsern Bedarf an Einfuhrwaren möglichst verringern. Erst mit solchen Maßnahmen kommt man wirklich an die Wurzel des Übels heran, denn die tiefen Ursachen unseres Währungsnotstands liegen eben in unserer schwachen Handels- und Rohstoffwirtschaft, daran daß wir häufig an das Ausland viel mehr zu zahlen als wir vom Ausland zu bekommen haben.

Ohne eine vernünftige Abkehr von der Reparationspolitik, die nur durch eine Fortsetzung der Wirtschaftspolitik erreicht werden kann, wird eine dauernde Besserung der Währung ebenfalls kaum zu erreichen sein. Die Reichsanleihe ist also unter allen Umständen nur ein von diesen Mitteln, die anzuwenden sein müssen, damit wir wieder zu einer normalen Wirtschaft kommen können. Auf jeden Fall aber muß man im Interesse des deutschen Volkes wünschen, daß uns die Goldanleihe auf dem Wege zur Befreiung unserer Währung einen guten Schritt vorwärts bringt.

Nach langem Zögern

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die wertbeständige Anleihe, die von der Sozialdemokratie schon seit einem halben Jahr unausgesetzt gefordert worden ist, um die Grundfrage für eine dauernde Stützung der Währung zu schaffen, kommt nun endlich auf den Weg. Ueber den Zinsfuß verlor ich, daß er etwa 6 Prozent betragen soll. Schon jetzt ist es wahrscheinlich, daß Banken und Industrie den größten Teil dieser Anleihe aufnehmen werden. Höchst bedenklich ist es, daß die Einzahlungen in Devisen geleistet werden sollen. Dadurch ist dem kleinen Sparrer die wertbeständige Anleihe verschlossen oder er ist auf die Vermittlung von Sparcassen und Banken angewiesen, wenn diese, wie es beabsichtigt zu sein scheint, Goldkonten einrichten. Es muß unbedingt angestrebt werden, daß die wertbeständige Anleihe auch für das breite Publikum zugänglich wird. Die Pflicht zur Einzahlung in Devisen birgt in sich die große Gefahr, daß nur diejenigen, die im Besitz der Devisenhandelsbescheinigung sind oder

auf Umwegen auch Privats unter allen Umständen Devisen kaufen werden, um sich dieses wertbeständige Anleihepapier zu sichern. Soll das verhindert werden, so ist eine scharfe Überwachung des Devisenmarktes und des Marktes für ausländische Wertpapiere dringend geboten. So sehr wir die Aufnahme einer wertbeständigen Anleihe begrüßen, weil sie in der Tat eine wesentliche Voraussetzung zur Stabilisierung der Währung ist, so sehr müssen wir bedauern, daß man sich erst so spät dazu entschlossen hat. Als noch Sozialdemokraten in der Regierung waren, weigerten sich Banken und Reichsbank gemeinsam, dieses Projekt in Angriff zu nehmen. Erst jetzt, nachdem die Not durch die Ruhrbesetzung aufs höchste gestiegen ist, beschreitet man diesen Weg, der schon längst offen stand und bez, wenn er rechtzeitig beschritten wäre, vielleicht eine gewisse außenpolitische Entspannung gebracht hätte.

Die Banken ermahnen sich

Berlin, 22. Februar. Die Gesamtheit der deutschen Banken hat sich bereit erklärt, 100 000 000 Goldmark, also 50 Prozent der deutschen Goldanleihe, zu übernehmen. Es wird angenommen, daß die Industrie den gleichen Betrag zeichnen wird.

Einschränkung der Reichsbankkredite

SPD. Veranlaßt durch die Maßnahmen der Reichsbank gegen den Währungsverfall fand im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eine Aussprache über die Einschränkung der Reichsbankkredite statt. Nach einseitigen Ausführungen eines Vertreters der Reichsbank sollen Kredite nicht zu wirtschaftlich schädlichen Zwecken, z. B. zur Devisenspekulation oder zur spekulativen Warenaufstockung, dienen. Daher sind durch Verfügungen an die Reichsbankstellen die Kredite auf das notwendige Maß beschränkt worden. In der Erörterung wurde von Arbeitnehmersprechern, angeleitet, den Diskontsatz zu erhöhen, da er mit 12 Prozent gegenüber einem Zinssatz zwischen 50 und 60 Prozent bei Privatbanken einen Anreiz für unübersichtliche Kreditgeschäfte und eine bequeme Gewinnspanne für die Banken bilde. Auch die Bildung einer Devisenrente wurde gefordert, wodurch nicht nur die Spekulation unmöglich gemacht, sondern auch die Möglichkeit geboten würde, die Einfuhranträge nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu prüfen. Die Vertreter der Arbeit-

geber traten für eine starke Förderung der Ausfuhr zur Schaffung von Goldbeständen ein. Der Kreditbedarf der Wirtschaft für eine angemessene Währungsversorgung müsse unbedingt befriedigt werden. Gleich den Arbeitgebervertretern widersprach auch ein Vertreter der Gemeinden einer Erhöhung des Reichsbankdiskonts, weil das die Finanzlage und die Lebensmittelversorgung der Gemeinden gefährde.

Oeffentliche Brandmarkung

Im Reichsausschuss des Reichstags brachte sich bei der Beratung des Notgesetzes die Aussprache besonders um die Verhinderung derjenigen unanständigen Elemente, die die allgemeine Notlage wirtschaftlich durch übermäßige Preissteigerungen und Warenzurückhaltungen auszunutzen suchten. Bisher besteht im geltenden Recht eine Lücke: die öffentliche Brandmarkung der Wucherer und Schieber ist noch nicht in allen schwereren Fällen zwingend vorgeschrieben. Daher soll neben der im Gesetz vorgeschriebenen Strafe jetzt die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung durch eine Tageszeitung sowie der öffentliche Anschlag auf Kosten des Schuldigen angeordnet werden. Außerdem wurde beschlossen, daß für den Fall, daß der Verurteilte innerhalb eines Jahres seinen Wohnsitz verlegt, dann auch dort die öffentliche Bekanntmachung und der öffentliche Anschlag auf seine Kosten anzuordnen ist. Bei vorläufigen Verhandlungen gegen die Strafvorschriften über Preisbrei, Schleichhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände wird auf Freiheitsstrafen von drei Monaten oder mehr oder auf Geldstrafe von 100 000 M. oder mehr erkannt. Auf Verstoß des Ausschusses ist die Reichsregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstags die geltenden Vorschriften zur Bekämpfung der Preisbrei, des Schleichhandels, der verbotenen Aus- und Einfuhr usw. in neuen Verordnungen zusammenzufassen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach derjenige, der es unternimmt, lebenswichtige Gegenstände ohne die erforderliche Genehmigung aus dem Reichsgebiet auszuführen, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft wird. Neben der Freiheitsstrafe soll auch auf Geldstrafe von mindestens 50 000 M. erkannt werden. Wer sich des Schleichhandels, der verbotenen Ausfuhr schuldig macht, wird in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren und mit Geldstrafe von mindestens 100 000 M. bestraft. Angelegt wurde die Todesstrafe. Lebenswichtige Gegenstände dürfen nicht in Form von Auktionen in den Handel gebracht werden. Bei Verdacht der Preisbrei, des Schleichhandels usw. ist vorläufige Schließung des Geschäftes anzuordnen. Von jeder rechtskräftigen Verurteilung ist sofort den für die Erteilung der Handelsverurteilung zuständigen Behörden Mitteilung zu machen.

Neuwahlen oder Koalition?

Von G. Rahmann, M. d. R.

In der Debatte, die sich um die schließliche Regierungsbildung und die gangbaren Wege zur Lösung entspann, haben wir uns bisher aus tatsächlichen Gründen, die wir wohl nicht erst darzulegen brauchen, zurückgehalten. Nachdem die Frage jedoch neuerdings auch in den Versammlungen besprochen wurde und weiter besprochen werden wird, ist für die Parteipresse der Augenblick gekommen, die Frage „Koalition oder Neuwahlen?“ eingehender zu beleuchten. Wir bringen aus diesem Grunde den Artikel des Genossen Rahmann. Die Stellung der Dresdner Volkszeitung zur Frage des Zusammengehens mit den Demokraten ist bekannt. Als die Frage der Teilnahme an der Regierung Cuno im Mittelpunkt der Erörterung stand, haben wir uns mehrfach zur Koalitionsfrage geäußert und den für die Vereinigte Sozialdemokratie wohl allgemein gültigen Standpunkt vertreten, daß die Frage unseres Zusammengehens mit republikanischen Parteien eine taktische Frage ist, daß eine Koalition mit bürgerlichen Parteien jedoch nur als Abwehrmaßnahme zu betrachten ist, wenn wir in dem gegebenen Falle keinen Einfluß haben, um die Interessen der Arbeiterklasse nachdrücklich zu vertreten.

Damit ist auch unsere Stellung zur Frage der Regierungsbildung in Sachsen gegeben. Wir sind der Meinung, daß alles daran gesetzt werden müßte, um hier in Sachsen die rein sozialdemokratische Regierung zu erhalten. Wenn diese Versuche scheitern sollten, bleiben nur noch zwei Wege offen. Ohne damit zu den Betrachtungen des Genossen Rahmann in einzelnen Stellen nehmen zu wollen, stimmen wir ihm darin zu, daß uns Neuwahlen selbst im günstigsten Falle aus der gegenwärtigen Krise nicht heranzubringen und daß sie infolgedessen eine zwecklose Kraftvergeudung bedeuten würden. Darum bleibt denen, die die Lage nüchtern und unter Berechnung aller ausfallgebenden Umstände betrachten, nichts anderes übrig, als der kommenden Landeskonferenz die Koalition mit den Demokraten vorzuschlagen, sofern die Kommunisten bis dahin ihre Verbalten nicht geändert haben. Redaktion der Dr. G. Bg.

Am 4. März soll die Landesversammlung über die Frage der Regierungsbildung entscheiden. Die Entscheidung hat nur Bedeutung, wenn der Landtagsfraktion und dem Landesauschuss Vollmacht gegeben wird, eine Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts versuchen zu können. Ist das nicht der Fall, dann sind die erheblichen Kosten der Veranstaltung unnütz hinweggeworfen und die stärkste Fraktion des Landtags bleibt ein Koloss ohne Arme und Füße, der in seiner Taktik gebunden bleibt und daher nicht mehr in dem notwendigen Maße die Interessen des arbeitenden Volkes wahrnehmen kann. Eine arbeitsfähige Regierung muß schnellstens geschaffen werden. Der Zustand der dauernden Unsicherheit muß aufhören, wenn nicht der republikanische Staats-

gedanke und das parlamentarische Regierungssystem schweren Schaden leiden sollen.

Die Sozialdemokratie kämpft seit Bestehen für die Schaffung der Republik und für das parlamentarische System. Sie ist Jahrzehnte hindurch mit all ihrer Kraft dafür gearbeitet, daß eine Verfassung geschaffen wird, in der als Arbeiterforderung festgelegt ist, daß alle Staatsgewalt beim Volke liegt. Mit der Revolution sind dem Volke diese Früchte in den Schoß gefallen, und es wäre eine Tragik sondergleichen, wenn durch das Verschulden unserer Partei Republik und parlamentarisches Regierungssystem in Mißkredit gebracht würden.

Man soll sich klar sein darüber, daß das Spiel, das seit beinahe dreiviertel Jahr in Sachsen getrieben wird, das Vertrauen des Volkes, auch des arbeitenden, zum neuen Staat, seiner Regierung und gelegentlichen Körperlichkeit, schon aufs Äußerste erschüttert hat. Dieses Spiel noch weiter fortgesetzt, bedeutet, daß aus dem Geerlager der halbwarmen Republikaner immer größere Abteilungen in das Reich abwandern, die die alte Staatsform mit ihren stabilen, konservativen, monarchistischen Einrichtungen wieder einführen wollen. Eine solche Politik ist Selbstmordpolitik an den Grundgesetzen der Partei und damit an der Partei selber. Welche Möglichkeiten bestehen denn theoretisch für die Regierungsbildung?

1. Eine sozialistisch-kommunistische Koalition, die im Landtag über eine Vierstimmigenmehrheit verfügt.
2. Eine sozialistische Regierung, die sich entweder auf die Hilfe der kommunistischen oder der demokratischen Stimmen stützt.
3. Eine Landtagsauflösung, damit das Volk erneut seinen Willen zum Ausdruck bringen kann und schließlich eine andre Parlamensmehrheit schafft.
4. Eine sozialistisch-demokratische Regierung, die gerade über die Hälfte der Stimmen im Landtag verfügt.

Zu 1: Tödt das Experimentieren mit den Kommunisten, die den alten Landtag zur Auflösung brachten und die auch jetzt wieder die Regierung stützen, nicht möglich ist, sollte für jeden auf der Hand liegen. Die Anhänger der kommunistischen Partei sind gewiß Fleisch von unserm Fleisch, aber sie sind nicht Hirn von unserm Hirn. Die kommunistische Partei, die ihre riesigen Subventionen und zugleich ihre Anweisungen aus dem volkswirtschaftlichen Rußland empfängt, und die noch heute, trotz ihren totalen Mißerfolgen in Rußland, auf den Zusammenbruch der kapitalistischen Volkswirtschaft binarbeitet und dadurch eine gewalttätige Umwälzung, die Weltrevolution, erreichen will, muß, solange sie in der politischen und finanziellen Knechtschaft der jetzigen russischen Wladikower steht, immer feindlich gegen den demokratisch-republikanischen Staat stehen. In dem Augenblick, da sie sich an

bauernder positiver Arbeit im Parlament bekennend, anerkennt sie den deutschen Staat. Damit würde sie ihre Existenzberechtigung verneinen und sich als Partei selbst aufgeben. Ebenso sehr wie die Kommunisten sich als vornehmste Aufgabe stellen, die Gewerkschaften zu zertrümmern und die Sozialdemokratische Partei zu vernichten, ebenso sehr muß ihre ganze politische Tätigkeit darauf eingestellt sein, das Parlament zu beseitigen, um die Gesetzgebung und die Arbeit der Regierung zu sabotieren, um deren notwendige Autorität zu untergraben und den Zusammenbruch herbeizuführen! Die Saat der Kommunisten kann nur aufgehen auf dem Boden der Not und des Elends. Je größer das geistige und wirtschaftliche Elend, je vermessener die politischen Verhältnisse und je unsicherer die Regierungsmehrheit im Lande ist, desto größer der Zulauf zu den Kommunisten. Und gerade jetzt, da das Meer der Not so groß ist, werden die Kommunisten unter allen Umständen alle Verantwortung zur Mitarbeit ablehnen und sich in höchster Weise auf Kampf gegen die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und gegen Republik und Demokratie einstellen. Es ist ein Köhlerglaube, anzunehmen, daß man die Kommunisten durch Ingeandermachen betriebligen und sie auf die Bahn der Vernunft bringen könnte.

Die Forderung nach der sogenannten politischen Einheitsfront mit den Kommunisten mag radikal klingen, in ihrem Wesen ist sie reaktionär, denn mit ihr kann zerlegt werden der große sittliche Gedanke der demokratisch-republikanischen Staatsform, aus dem sich, mag es nun auch zu lange dauern, die große und schöne sozialistische Gesellschaft entwickeln muß. Und wie man einen Garten, der von Sturmwinden vernichtet wurde, nicht in einem Jahre, sondern erst nach Jahren voll mühseliger Arbeit zu großem Ertrag bringen kann, so sollen sich unsere Freunde klar sein darüber, daß das sozialistische Deutschland, das heute mehr denn je unter einem Bedrohungsgefühl steht, so ausgerichtet werden kann, daß die arbeitenden Massen sich leidlich wohl fühlen. Ist die Reparationsfrage mit der Entente in einigermaßen erträglicher Weise erledigt und haben Reichsregierung und Länderregierungen die Hände frei zum inneren Wiederaufbau, dann ist die Zeit des Zusammenbruchs der kommunistischen Partei da, denn dann muß und wird das große Elend, unter dem die arbeitenden Massen stehen, weichen, dann wird unsere Partei als die Trägerin und Schöpferin der Republik und Demokratie die Volksmehrheit erobern und sie wird dann, stärker als jemals zuvor, über die Tiraden der Kommunisten hinweggehen und den Aufbau des Sozialismus durchführen können.

Zu 2: Ebenso wie ein aktives Bündnis mit den Kommunisten nicht möglich ist, kann ein passives nicht in Frage kommen. Eine Regierung kann nicht auf „gut Glück“ arbeiten und Befehle zur Verabschiedung bringen wollen. Jeden Tag muß sie dann gewärtig sein, daß ihre Hoffnung auf kommunistische Hilfe betrogen und daß gegen einen ihrer Minister ein Mißtrauensantrag gestellt und angenommen wird. Das ganze parlamentarische Arbeiten würde einer einzigen Affensymphonie gleichen und alle Teile des ersten Volkes würden nur mit Widerwillen von den Bossen spielen lassen, die da im Landtage aufgeführt werden.

Eine rein sozialistische Regierung ist nach der Einstellung der Kommunisten auf Beteiligung von links oder rechts angewiesen, und sie sieht ohnehin ununterbrochen auf dem Pulserlag, so daß sie jeden Augenblick aufsteigen kann. Unsere große, stolze Partei soll und darf aber weder Beteiligungen nehmen, noch sollen sich ihre Minister auf ein Pulserlag legen.

Zu 3: Es wurde bereits gefordert, den Landtag einfach einzulösen und das Volk zu befragen. Nichts aber ist gefährlicher, als dem ganzen Volk in einem neuen Wahlkampf sagen zu müssen, daß mit dem parlamentarischen System nichts anzufangen ist. Immer mehr Wähler und Wählerinnen werden sich der Wahl enthalten und sich sagen, daß es ja doch nicht besser wird. Nur diejenigen müssen Erfolge haben, sowohl von rechts als von links, die das ganze politische System verurteilen und entweder die bolschewistische oder die monarchistische Diktatur aufrichten wollen. Nichts könnte den Extremen von links oder von rechts willkommen sein, als im jetzigen Augenblick den Landtag zur Auflösung zu bringen. Unsere Freunde sind sich hoffentlich im klaren darüber, daß selbst ein günstiger Wahlausgang an dem Bild der Zusammenarbeit des Landtags nicht Wesentliches

ändert. Die Sozialdemokratie kann die Mehrheit der Sitze unter den gegenwärtigen Umständen nicht erreichen und sie müßte alle Experimente wiederholen, die schon vor der letzten Wahl und noch ihr unternommen werden mußten.

Zu 4: Es bleibt daher nichts anderes übrig, als eine Koalition mit der bürgerlichen Raubpartei einzugehen. Das ist kein Idealzustand; aber die Verantwortung liegt nicht bei unserer Partei, sondern bei den Wählermassen, die das politische Machtmittel des Stimmzettels in nicht ausreichendem Maße für unsere Partei gebrauchen. Was überdies seit Jahr und Tag in fast allen Ländern, mit Ausnahme von Bayern und Thüringen, geht, und was als erträglich selbst in dem großen Preußen empfunden wird, wo wir mit Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei koalitiert sind, das wird auch erträglich sein in Sachsen, und das wird von den arbeitenden Massen der Sozialdemokratie auch nicht als Verrat am Sozialismus angesehen werden. Auch die Männer und Frauen aus Fabrik und Werkstatt, aus Schacht und vom Bau, aus Kontor und Lehrstube müssen begreifen lernen, daß die politischen Machtverhältnisse zu respektieren sind und daß man weder die politischen noch die wirtschaftlichen Verhältnisse im Staat plötzlich umstellen kann, wenn sich dagegen eine starke Auslieferung auch schon einer starken Minderheit einstellt.

Seit dem Zusammenbruch, also seit 1918, stehe ich auf dem Standpunkt, daß das deutsche Volk und seine innere und äußere Wirtschaft nur gefunden könne, und daß der neue Staat nur dann erstarren kann, wenn alle Republikaner fest beieinanderstehen und zusammenarbeiten und wenn von den Besitzern der Produktionsmittel das notwendige Maß sozialer Verständnisses gezeigt wird. Es ist bedauerlich, daß äußere Einflüsse und innere Selbstzerfleischung bisher verhindert, daß eine Grundlage geschaffen werden konnte, auf der das Ziel des Wiederaufbaues Deutschlands, auf das die arbeitenden Schichten mehr angewiesen sind als alle andern, zu erreichen war. Gälten die bürgerlichen Parteien

ein größeres Maß sozialer Verständnisses gezeigt, ich glaube, daß dann das Ziel erreichbar wäre.

Wir sollten uns aber auch freimachen von dem Glauben, wir könnten den bürgerlichen Parteien den Dornen aus der Krone und die Krone auf die Brust drücken und brauchen nur so zu tun, als könnten wir mit 51 Prozent Wählern hinter uns alle sozialistischen Forderungen verwirklichen.

Einer solchen Illusion darf sich niemand hingeben; aber es läßt sich und muß sich finden lassen, eine Linie, auf der eine befriedigende Politik gemacht werden kann, und das um so mehr, als die wesentliche Gesetzgebung doch beim Reich liegt und den Ländern nur ein recht beschränkter Aufgabekreis verblieben ist, und der noch im Sinne der Gesetzgebung durch das Reich. Man wolle doch auch beachten, daß, als die letzte Regierungsbildung im Reich auftrat, wohl kein Mensch in unserer Reichstagsfraktion dagegen gewesen wäre, wenn die vereinigten Fraktionen in Gemeinschaft mit Zentrum und Demokraten die Regierung gebildet hätte. Wenn ein solcher Zustand im Reich, bei seinem wichtigen Aufgabekreis, als erträglich, ja als erstrebenswert gilt, das sollte doch in Sachsen, das die Einwohnerzahl der Großstadt Berlin hat, mindestens als erträglich gelten.

Den Gedanken, den bürgerlichen die Regierung zu überlassen, kann ich nur als Karrekei bezeichnen. Das hieße freilich, und zwar aus kindlichem Trotz, eine Position, die unannehmbar ist, aufgeben. Mit einem Schläge würde das mühsam Aufgebaute eingestürzt, und parlamentarische System, Republik und Demokratie würden einen schweren Stoß erleiden. Würde das Experiment gemacht, dann würden die Rechtsparteien den Landtag zu Hause säubern; sie würden die Ministerien und die Verwaltung „säubern“, die ganze Verwaltung und Presse für ihren Wahlkampf einsetzen und uns eine Wühlkloche liefern, bei der uns Hören und Sehen vergeht.

Daher bleibt nichts anderes übrig, als eine Koalition mit den Demokraten einzugehen.

Die Wirtschaftslage im Westen

(Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters)

Dortmund, 21. Februar. Alle Repressionsmaßnahmen der Franzosen waren erfolglos. Aber anstatt sie aufzugeben, wird die Arbeit fortgesetzt, durch technische Maßnahmen und Anordnungen eine physikalische Auswirkung zu erzielen, die auf den seelischen und körperlichen Zusammenbruch der Ruhrbevölkerung hinausläuft. Ein Erfolg dieser Politik ist nur für die deutsche Seite zu suchen. Es ist und bleibt Tatsache, daß die Arbeiterfront heute geschlossener ist als in den vorhergehenden Wochen, und selbst der geringe Teil der Führer der Arbeiterfront im besetzten Gebiet, der in der letzten Woche glaubte, zu einem gewissen Optimismus Anlaß zu haben, ist inzwischen genau der gegenteiligen Auffassung geworden. Die Ereignisse in Belgien und in den Niederlanden haben hierzu ihr gut Teil beigetragen. Und was haben die Kaufleute der französischen und belgischen Regierung dort erreicht? Sie haben in fünf Tagen trotz ihrer Gewalt nach den jetzigen Bestimmungen ganze 36 Millionen an deutschem Gelde von Wert, also noch nicht einmal den Aufwand an eigenen Kosten für das fast fünfjährige Okkupationsregiment, zusammengebracht. Die restlichen 24 Millionen, die sie sich widerrechtlich angeeignet haben, befinden sich in belgischem Wagnis, dessen Umlauf bereits aufgehoben war und dessen Verlosigkeit die Stadverwaltung Gelsenkirchen am Donnerstag durch Bekanntmachung an den Platztischen und in den Zeitungen nochmals mitteilen lassen wird. Der Versuch, diese Wiedelose durch den Diebstahl von zwei Schneemaschinen aus belgischem Besitz und mehrerer Automobile auszugleichen, wird vor dem In- und Auslande mehr als erbärmlich wirken. So macht man unsere Arbeiterschaft im Ruhrgebiet nicht mürbel, noch weniger aber durch die jetzt durchgeführte Waffensätze an den Straßen der Ruhr und Lippe, auf den Straßenbahnen und den Eisenbahnkontrollstationen. Die Bevölkerung hat in den glücklich überlebenden sechs Wochen Besatzungszeit so vieles für eine gerechte Sache erduldet, daß sie diese Schläge gern auf sich nimmt. In diesem Verhalten wird sich auch durch die inzwischen neu ergriffenen Maßnahmen nichts ändern! Der Befehl an die deutschen Behörden, in Zukunft jede schriftliche und mündliche Dienstausschreibung für die unterstellten Instanzen zu unterlassen, wirkt nur lächerlich. Das Verbot der Ausfahrt von Wagnis in ein aus dem besetzten Gebiet ist durch den von den Eisenbahndirektionen an alle Kontrollstationen sofort eingehenden Lokomotivwechsel zum Weitertransport der Güte

wirkungslos gemacht. Durch die am Mittwoch fortgesetzte Entwertung deutscher Eisenbahnen aus den Dienstleistungen, schneidet sich die Besatzung letzten Endes ins eigene Fleisch, und das Verlangen des deutschen Personalpersonals aus den Umzirkeln, wie es z. B. gestern in Baltho, Weg, Kedinghausen, geschah, bedeutet noch lange keine Franzosierung des rein deutschen Gebietes.

Die folgenden Angaben über die Wirtschaftslage im Westen werden von den generellen Wirtschaftslage- und politischen Instanzen gemacht (wobei wir dahingestellt sein lassen, ob sie im einzelnen zutreffen und richtig sind. Neb.). Es wird ausgeführt:

Durch die allgemeine wirtschaftliche Lage wird die Arbeiterschaft in ihrer zureichenden Auffassung über den Abwehrkampf gestärkt. Es hat keinen Zweck, abzukreiten, daß die Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet durch die Besatzungsmaßnahmen der Besatzung zugenommen hat. Im allgemeinen aber ist die Wirtschaftslage nicht kritisch. Die Lebensmittelfortschritte sind auf direkten oder indirekten Zufuhrwegen vorläufig zu einem wesentlichen Teil sichergestellt, für eine ausreichende Unterhaltung der Arbeitlosen ist Sorge getragen, ebenso für die sonst durch die Besatzung Geschädigten. Rohmaterialien sind für mehrere Wochen genügend vorhanden. Soweit Eisenländer Erze fehlen, werden sie noch eingeführt. Das der Bestand an schwebenden Erzen groß ist, erweist sich daraus, daß die Produktion der Zufuhr schwedischer Erze auf drei Wochen bestimmt wurde. Durch das allgemeine Ausfuhrverbot aus dem besetzten Gebiet war natürlich die Möglichkeit großer Arbeitslosigkeit vorhanden. Dem soll in weitestgehendem Maße entgegengetreten werden. Die Fabriken und Hütten werden an jedem Tage mit Aufträgen von bestimmter Größe versehen werden. Die Gewerbetreibenden haben umfangreiche Notstandsmaßnahmen vorbereitet. Zu beachten ist auch, daß in Kirz ein großer Teil der Arbeitslosen, ähnlich wie im vorigen Jahre, sich zum Landbau melden. In der bald beginnenden imdieren Jahreszeit ist die Möglichkeit der Fortsetzung der Sieblungsarbeiten, wie überhaupt zum Neubau, gegeben, so daß auch hier ein Teil der Arbeitslosen untergebracht werden kann. Für den Bergbau ist trotz der überschätzten Zahlen nicht mit Arbeitslosigkeit zu rechnen. Schon jetzt werden in jenen Betrieben, die nicht mehr regelmäßig fördern können, ausschließlich Ausbesserungsarbeiten vorgenommen,

derart temperamentvolle Natur wie seine wenig geeignet. Gewiß sprach er, seinem offenen Charakter gemäß, in den Kreisen immer seine innere Heberzeugung aus. Ihm fehlte aber oft die ruhige und sachliche Objektivität. Er war eben durch und durch Wesensmensch. Für Prosa hatte er gar nichts übrig, und er griff im fortwährend auf heftigste an, während er für das Werk Richard Wagner in begeisterter Weise eintrat. Jedemfalls hat ihm seine Kritikfähigkeit mehr Freude als Freunde geschaffen und ist späterhin dem Bekanntheit seiner eigenen Werke sehr hinderlich gewesen. Als Wolf 1887 seine Stelle aufgab, nahmen sich die getrennten Freunde seiner an, und er konnte sich seinem künstlerischen Schaffen ganz widmen.

Wenn sich auch Wolf auf andern Gebieten (Oper, Chöre, Kammermusik) erfolgreich betätigt hat, so ist es doch sein Liedschaffen gewesen, was seinem Namen Unsterblichkeit verlieh. Nicht weniger als 230 Lieder hat er in verhältnismäßig kurzer Zeit geschrieben. Unter ihnen befinden sich nur wenige, die nicht allerhöchsten künstlerischen Ansprüchen genügen. Die meisten sind mit einer Genialität sondergleichen hingeworfen. Gleich Schuberth ist Wolf von einer unglaublichen Vielseitigkeit. Für Humor und neckischen Scherz, für sinnlich glühende Leidenschaft, für trostlose Reue, tiefste Religiosität und für helle Weltfreudigkeit, kurzum, für alle Stimmungen findet der Meister den treffendsten und überzeugendsten Ausdruck. Immer stellt er die poetische Idee voran. Da gibt es keine einzige Note, die nicht dem dichterischen Gedanken diene. Von seinen Liederbandausgaben sind bis heute die Witzelieder am meisten geliebt und gesungen.

Ueber des Tonbilders Genialität wird man sich erst richtig klar, wenn man hört, mit welcher Leichtigkeit er seine Meisterleistungen schuf. So z. B. schrieb er im Jahre 1888 innerhalb dreier Monate 48 Witzelieder, manchmal an einem Tage zwei. Wenn man in seinen Briefen liest, bereits man, in welcher wahrhaft dämonischen Schaffensbegeisterung er sich befand. Da heißt es: „Ich ein neues Lied aufgeschrieben. Ein Götterlied, lag ich ihnen! Ganz göttlich! Wunderbar!“ — oder: „Was ich heute vormittag geschrieben, ist noch millionenmal besser. Wenn Sie dieses letzte Lied gehört haben, kann Sie nur noch ein Wunsch besetzen, zu sterben.“ Oder: „Ein außer mir! Verkaufst mein Gewand! Bin fertig, tadel!“ Das alles ist nicht etwa Selbstüberhebung, das sind, wie sein Vorwort Teufel sagt, Scherze eines im Reichtum des Schaffens ethisch gewordenen. Leider hat der Meister zu seinen Lebzeiten nicht die Anerkennung gefunden, die seinem Werk gebührt, und auch jetzt sind noch viele seiner Schöpfungen weiteren Kreisen so gut wie unbekannt. Kurt Schöne.

Konzert
Solistenkoncert. Am zweiten Sinfoniekonzert dieser Woche waren die Kammermusik wieder bei früheren Kräften als am Vorraue, an dem sie erst vormittags von einer anstrengenden Konzertreise nach Osnabrück und Reichsburg zurückgekehrt waren. Raue hatte ein ganzes Konzertprogramm zusammengestellt, darunter die einzige Sinfonie ohne Violine, die 38. in D-Dur, deren erster Satz vor allem in bezwingender Melodie schwebt. Dieses wenig aus-

geklärte Werk wurde an Wirkung noch übertroffen durch den berühmten Beethoven zwischen Violine und Viola, oder wie sein Name heißt: Konzertante Sinfonie für Violine und Viola mit Orchester, die Dohmen und Ripphahn in gerader idealer Tonkönnenheit bei vorbildlichem Zusammenwirken boten, bestens unterstützt von dem durch Raue abgetönten Begleitorchster. Kr.

Dresdner Kalender
Theater am 23. Februar. Opernhaus: Der Hainau — Sinfonische Ouvertüre (7). Volkshaus Nr. 5070 bis 5072. — Schauspielhaus: Salomėja (7 1/2). — Neustädter Schauspielhaus: Der Gant (7). — Residenztheater: Die Dollarprinzessin (7 1/2).

Zu dem Konzert der Sinfoniker in der Frauenkirche am Sonntag (6) sind Eintrittskarten täglich bei H. Nied, im Dresdner Verkehrsverein und im Invalidenbau zu haben. An der Opernhauskasse findet der Verkauf Freitag den 23. und Samstag den 24. Februar in den üblichen Vormittagskassensunden, am Sonntag außerdem noch nachmittags zwischen 3 und 5 1/2 Uhr, statt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Frauenkirche ausnahmsweise geheizt werden wird.

Auch die Kunst fürs Volk wird teurer. Wie uns mitgeteilt wird, hat der geschäftsführende Vorstand der Dresdner Volkshäuser mit Rücksicht auf deren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Verwaltung der Staatstheater sich genötigt gesehen, der wiederholten Steigerung der Reispapierpreise in Oper und Schauspielhaus sich auch in den Mitgliederpreisen abwärts proportional anzupassen. Der Vorstellungsbeitrag, der erst Ende Januar von 120 auf 240 M. erhöht wurde, wird demgemäß vom 1. März an 500 M. betragen. Es ist von diesem Tage an anstatt zwei grüner Vorstellungsmarken für jeden Theaterbesuch eine kleine Marke mit dem Aufdruck 500 M. zu geben; auch die Leitung der Volkshäuser abende, die trotz dauernd sehr gutem Besuche bei den ständig wachsenden Unkosten und den geringen Eintrittspreisen im Januar und Februar ein unglücklich finanzielles Ergebnis hatte, muß vom 1. März an eine wesentliche Erhöhung der Eintrittspreise (durchschnittlich um 100 Prozent) vornehmen, um den Fortbestand dieser Einrichtung sichern zu können.

In dem Vortragsabend Robert Keise — Dies Engelhardt, der vom 5. Unterbezirk durch Vermittlung der VVK morgen (Freitag, 7 1/2) im Künstlerhaus, Brunner, Ecke Albrechtsstr., veranstaltet wird, sind noch Programme, die zugleich als Eintrittskarten dienen, in der Volkshauskassette, Weinereipark, in der Filiale in der Geroltsstr. und an der Abendkasse zu haben.

H. Moll-Wiese von Bach. In der Aufführung des Chörevereins am 8. März wird auch der Kreuzchor mitwirken. Solisten sind: Riesel v. Schud, Franziska Gember-Schäfer, Robert Gröll, Dr. Wolfgang Rosenthal, Prof. Rud. Wärtig, Kammermusiker O. Frießmann u. a.

Ensemble der Tonkunst. Mittwoch (7 1/2) im Lodenhaus. Ostraustr., Sonabend Maria von Rainer (Violine) und Dits Urdach (Klavier).
Maxim Volkstheaterwart Franz. Dies Woche kein Vortrag.

Leben * Wissen * Kunst

Hugo Wolf

(Zu seinem 20. Todestage)

Vor 20 Jahren vollendete sich eines der tragischsten Künstlergeschicke. Am 22. Februar 1903 starb Hugo Wolf im Alter von nur 32 Jahren. Mit ihm schied einer der Großen aus dem Reiche der Kunst. Er ist der bedeutendste Liederkomponist der Neuzeit. Sein tragisches Lebensende gleicht dem des genialen Robert Schumann, mit dem er überhaupt viele wesensverwandte Züge gemein hat. Nachdem Wolf nach kurzem Aufenthalt in einer Wiener Anstalt wieder als geheilt entlassen worden war, sprang er in einem erneuten Anfall geistiger Unnachsicht in den Alpensee, an dem er Erholung suchte. Er wurde gerettet, aber kurz darauf, im Oktober 1903, in die Nervenheilanstalt Landesheilenanstalt gebracht, die er bis zu seinem Tode nicht wieder verlassen sollte. Zuerst verlief das geistige Leben des Tonbilders ziemlich ruhig, aber schon nach einem Jahre begann die Geistesverwirrung rasche Fortschritte zu machen, so daß alles Musizieren, das ihn bis dahin noch erfreut hatte, gänzlich aufgegeben werden mußte. Im Jahre 1900 ging es mit Nervenleiden bergab, der unglückliche Künstler verlor die Sprache und wurde den Wahnungen betroffen. Bald kam er ganz zum bloß noch vegetierenden Lebenswesen herab. Neben zwei Tode noch dauerte es, bis der Armie, dessen Körper im letzten völlig intakt war, durch den Tod erlöst wurde.

War sein Lebensende so überaus tragisch, so war ihm auch während seines kurzen Erdenlebens ein schweres Schicksal auferlegt, arm an Menschenglück und Freude. Von den Ehren und Gütern dieser Welt hat der Meister fast nichts genossen. In Armut hat er nur seiner Kunst gelebt, dabei von vielen verpöthet, verachtet und geschmäht. Sein ganzes Leben war ein Kampf mit Widerwärtigkeiten und Anfeindungen. Schon in seiner Jugend gab es oft Auseinandersetzungen mit den Eltern, die ihren Sohn gern studieren lassen wollten. Obgleich sich der junge Wolf hohe Musikalität schon frühzeitig offenbarte, wollte der Vater seinen Sohn nicht zum Berufsmusiker ausbilden lassen. Er nannte einen Musiker ein „verächliches Individuum“. Aber der Junge hielt es auf seinem Gemütsboden aus und mußte die Schulen stets wegen „ganz ungenügender Leistungen“ verlassen. Schließlich ging Hugo Wolf 1876 gegen den Willen der Eltern nach Wien, mit einem kleinen schmalen Portefeuille und einem großen heißen Musikhunger, um das Konservatorium zu besuchen. Aber schon nach zwei Jahren mußte er die Anstalt wieder verlassen, da seine Perennatur sich dem Reglement nicht fügen konnte. Nun begann eine schwere Zeit für den jungen Künstler. Er suchte sich durch Stundengeben seinen Unterhalt zu verdienen, wobei ihm sein unbilliges und leidenschaftliches Wesen viel Schwierigkeiten bereite. Pittere Rat fehlte oft bei ihm ein. Wollten seine zahlreichen Freunde ihn unterstützen, so mußten sie es heimlich tun, denn sein Stolz bäumte sich gegen jede Hilfe materieller Art auf. Erst im Jahre 1884 besserte sich seine Lage. Er wurde Musikdirektor am Wiener „Salonblatt“. Aber gerade für diesen Beruf war eine

derart temperamentvolle Natur wie seine wenig geeignet. Gewiß sprach er, seinem offenen Charakter gemäß, in den Kreisen immer seine innere Heberzeugung aus. Ihm fehlte aber oft die ruhige und sachliche Objektivität. Er war eben durch und durch Wesensmensch. Für Prosa hatte er gar nichts übrig, und er griff im fortwährend auf heftigste an, während er für das Werk Richard Wagner in begeisterter Weise eintrat. Jedemfalls hat ihm seine Kritikfähigkeit mehr Freude als Freunde geschaffen und ist späterhin dem Bekanntheit seiner eigenen Werke sehr hinderlich gewesen. Als Wolf 1887 seine Stelle aufgab, nahmen sich die getrennten Freunde seiner an, und er konnte sich seinem künstlerischen Schaffen ganz widmen.

Kleine politische Nachrichten

Das Ermächtigungsgesetz

Der Reichsausschuss des Reichstags beendete die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Zu Art. 8 (Allgemeine Ermächtigung an die Reichsregierung) ließ die Sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Solmann erklären, daß der Reichsregierung eine so weitgehende Ermächtigung, Veränderungen zu erlassen, nicht eingeräumt werden könne. Inwiefern diese Ermächtigung auch dann tun, wenn sie selbst in der Regierung vertreten wäre. Alle bürgerlichen Parteien, auch die Deutschnationalen, sprachen sich für die allgemeine Ermächtigung an die Reichsregierung aus. Reichsminister des Innern, Dr. Dezer, verteilte die Ermächtigung auf die Reichsregierung diese Ermächtigung unbedingte wurde. Der Kampf an der Ruhr könne so weit Entscheidungen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, von der Reichsregierung erfordern, daß sie nicht erst mit dem Parlament verhandeln könne. Die Parlamentskontrolle sei ja dadurch gewahrt, daß die Entscheidungen dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen seien und auf sein Verlangen außer Kraft gesetzt werden könnten. Da die Sozialdemokratie an ihrer Erklärung festhielt, wurde die Abstimmung über diesen Art. 8 einstweilen vertagt. Sie wird zusammen mit der zweiten Lesung am Donnerstag stattfinden.

Es hagelt Gefängnisstrafen

Mainz, 21. Februar. In Fortsetzung des Kriegsverrichtsberichts gegen Eisenbahnbeamte, die bei der Auszahlung rückständiger Löhne und Gehälter mitgewirkt haben, wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt ein Eisenbahnhörsprechersleiter zu 50 Tagen, mehrere Eisenbahnsekretäre zu 45 und 30 Tagen und zwei Schaffner zu je 10 Tagen Gefängnis. Strafaufschub wurde auch in diesen Fällen nicht zugesprochen.

Essen, 21. Februar. Wegen Polizeigräuens wurden vom Kriegsverricht in Bredeken verurteilt: Polizeileutnant Oermann zu einem Monat Gefängnis und 300 000 M. Geldstrafe, Polizeileutnant Weidemann zu drei Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe, Wachtmeister Tollen zu sechs Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe, fünf andre Polizeimeister zu je acht Tagen Gefängnis und 300 000 M. Geldstrafe.

DeLasse, der frühere französische Minister des Auswärtigen ist plötzlich in Riga gestorben.

Die französischen Besatzungstruppen haben Kemel in aller Stille geräumt. Die Kaserne wurde von den Litauern besetzt. Die Franzosen begaben sich auf ihre im Hafen liegenden Schiffe. Sämtliche Kriegsschiffe der Allierten haben den Kemeler Hafen verlassen.

Die Deutschvölkischen. Der Deutschvölkische Reichsausschuss der Deutschnationalen Volkspartei hat sich konstituiert. In seiner ersten Sitzung wurde Abg. Groef, Thüringen, zum Vorsitzenden und Prof. Dr. v. Preising-Boringhove, zu seinem Stellvertreter gewählt. In der Sitzung wurden Beschlüsse für die Tätigkeit des Reichsausschusses und der Landesausschüsse ausgearbeitet, die zum großen Teil bereits gebildet sind. In der Öffentlichkeit soll eine Sitzung des erweiterten Ausschusses einberufen werden, zu der auch die Vertreter der Landesverbände kommen und in der die „großen“ völkischen Fragen, wie Massenfrage, völkische Staatspolitik und Wirtschaftskampf programmatisch behandelt werden sollen.

Aus aller Welt

Grubenunglück in Duer

Auf der Zeche Vergamannsglück in Duer wurden durch einen Unfall bei der Förderübernahme 30 Bergleute mehr oder weniger schwer verletzt. Eine Untersuchungskommission der staatlichen Bergwerksdirektion in Kettlinghausen ist an der Unfallstelle eingetroffen.

Mordversuch einer Frau

Flauen, 22. Februar. Vor dem Schöffengericht hatte sich gestern die Ehefrau des Kaufmanns Gödel aus Farnenbergsdorf wegen Mordversuchs an einer Oberaufseherin der hiesigen Gefängnisanstalt zu verantworten. Die Beschuldigten bestanden nur die Frage nach gefährlicher Körperverletzung unter Verlegung mildernder Umstände. Das Gericht erachtete die geschehene Mordtat als fünf Jahre Gefängnis für angemessen und verurteilte die Angeklagte, die zur Zeit eine ihr am 20. Januar auferlegte dreijährige Strafbüßung wegen Diebstahls verbüßt, zu einer Gesamtsstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrenrechtsverlust.

Letzte lokale Nachrichten

Diebstahl. Gestohlen wurde am 8. Februar, gegen 6.30 Uhr nachmittags, von der Verladestelle des Lagerplatzes, Rosenstraße 6 (alte Papierfabrik), ein Rollen Schreibpapier im Gewicht von 100 bis 125 Kilogramm. Der Rollen ist „M. M. F. N. 700 1“ gezeichnet. — Ferner wurden am 20. Februar, gegen 3 Uhr nachmittags, auf der Hausflur des Hofamts 9 (Reumarkt) zwei Pakete (Druckwaren, je ein Kilogramm schwer, enthaltend zusammen 25 Stück Winterport- und Winterarten vom Riesengebirge, gestohlen. Die Pakete trugen die Adresse „Germann Oester in Schreiberhan“. — Am 19. Februar, zwischen 5 und 6 1/2 Uhr nachmittags, hat eine Dame in einem Bäderladen, Ecke Amalien- und Büttnerer Straße, verheimlicht ein Paketchen, das eine silberne Schreckschmuckuhr, einen silbernen Wibrerarm, längliche Form, und einen Goldpatenarm, in Silber gefaßt, im Gesamtwerte von 800 000 M. enthielt, auf dem Ladentisch stehen gelassen, von wo es vermutlich gestohlen worden ist. Von der Dame ist für Wiedererlangung der Sachen entsprechende Belohnung zugesichert worden.

Der Dollar 22 693,18

Berlin, 22. Februar. (Wmilit.)		22. 2.	23. 2.	21. 3.	21. 2.
		Geld	Grief	Geld	Grief
Amsterdam	1 Gulden	8977,50	9022,50	9077,50	9122,75
Baris	100 Franc	8458,80	8501,20	8472,75	8521,25
Bombay	100 Rupee	4199,47	4220,03	4214,48	4285,87
Dänemark	1 Krone	4879,02	4400,98	4413,93	4498,07
Schweden	1 Krone	5092,98	5030,04	5059,81	5090,19
Oslo	1 Krone	610,98	614,04	613,48	615,54
Belgien	100 Franc	1211,90	1218,04	1228,92	1238,08
Italien	1 Lire	1102,23	1107,77	1107,92	1112,78
London	1 Pf. Sterl.	106782,50	107289,50	107790,00	108270,00
Neuhort	1 Dollar	22693,18	22806,98	22942,50	23055,50
Paris	1 Franc	1896,50	1409,50	1408,47	1418,88
Schwiz	1 Franc	4289,25	4810,75	4829,15	4850,85
Spanien	1 Pesta	8566,06	8588,04	8615,08	8634,07
Wien (abgez.)	100 Kronen	81,06	82,14	82,41	82,59
Wrag	1 Krone	674,81	677,60	688,28	688,72
Wabapest	1 Krone	7,28	7,27	7,80	7,97

Polnische Noten 46.—
rs. Berlin, 22. Februar. (Fig. Draht.) Der Devisenmarkt erfuhr heute vormittag keine wesentliche Veränderung. Dollarnoten setzten zu dem gleichen Kurs wie gestern abend geschlossen ein und blieben den ganzen Vormittag über auf dieser Ausbucht von 28 000. An der Börse zeigte sich eine geringe Verfestigung bis zu 28 750 durch. Die Jurisdiktion, die sich der bezugsfähige Devisenhandel auferlegt, ist durch die noch anhaltende Geldknappheit bedingt. Inwiefern ist sie die Folge, daß auch an den ausländischen Valutenplätzen die Markbewegungen nicht allzu bedeutend waren.
Der Effektenmarkt zeigt heute ein wenig verändertes Bild. Das Publikum hat infolge der unsicheren Haltung der Devisen nur sehr wenig Aufträge erteilt. Auch die Spekulation verhält sich abwartend. Die Kurse liegen kaum verändert.

antragen. Dilem Antrags trat der Ausschuss bei. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde ein Antrag der Demokraten abgelehnt, die sogenannten Schwachstellengesellschaften von der Vermögenssteuer zu befreien, ebenso ein Antrag der Deutschnationalen, Zuwendungen für gemeinnützige und milde Zwecke, die jetzt mit 5 v. H. zur Vermögenssteuer herangezogen werden, vollständig steuerfrei zu lassen.
Angenommen wurde schließlich ein Antrag über die steuerliche Entlastung der freien Berufe bei der Einkommensteuer. Nach diesem Antrag wird dem § 13 ein Absatz 4 eingefügt, der besagt: Zur Abgeltung der nach dem Absatz 1 Nr. 3, 5 und 5a des EStG. zulässigen Abzüge dürfen Angehörige freier Berufe (§ 9 Nr. 2) bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 20 vom Hundert des steuerfreien Einkommens, höchstens aber 80 000 M. vom Gesamtbetrag der Einkünfte in Abzug bringen.

Mißbrauch der Ruhrhilfe

Am 20. Januar 1923 hielten die sogenannten Vereinigten Vaterländischen Verbände in Deutschland in Berlin, Reichstraße 22, ihren ersten Vertretertag ab. Vorsitzender war der völkischparteiliche Reichstagsabgeordnete Geisler, der zum Schluss zum Geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt wurde. Als Hauptaufgabe des Zusammenschlusses dieser sogenannten vaterländischen Verbände wurde die Bekämpfung der Kriegsschuldfrage und „Bekämpfung des Marxismus in allen seinen Erscheinungsarten“ bezeichnet. Herr Geisler erklärte es sodann als unzweifelhaft, daß man vor einer gänzlichen Abschüttelung der Franzosenherkunft stehe und begründete es, daß Deutschland endlich mit Frankreich allein sei. Er polemisierte gegen den preussischen Innenminister Genossen Sebering, der einen Verständigungsfrieden als Ziel der deutschen Aktion hingestellt habe. Der Industrielle Friedrich Karl von Brud erklärte eine Agitation im Sinne der Ausführungen Geislers in Arbeiter- und Angestelltenkreisen für besonders notwendig. Die Verbreitung „antimarxistischer Aufklärung“ wurde einer besonderen Organisation übertragen, die sich „Nationaler Einheitsfront“ nennt und von einem gewissen Herrn Wagner dirigiert wird.

Als geschäftsführender Vorsitzender der Verbände hat dann der völkischparteiliche Abgeordnete Geisler am 1. Februar ein Rundschreiben an die angeschlossenen Organisationen losgelassen, worin zunächst über „Berufungsversuche der Sozialdemokratie im Ruhrrevier“ berichtet wird. Als Berufungsarbeit betrautet Herr Geisler die von sozialdemokratischer Seite ausgehende Abwehr des nationalvölkischen Reichens. Sebering habe in einer Konferenz der Polizeipräsidenten des Ruhrreviers deutlich erortert lassen, daß die preussische Regierung den Willen zu dauerndem ernstem Widerstand nicht besitze. Im Hintergrunde lauerten schon Witz und Genossen, um ihre Erfüllungspolitik fortsetzen zu können. Herr Geisler erklärt unter solchen Umständen eine Stärkung der nationalen Propaganda für unbedingt notwendig. Angesichts der von der Sozialdemokratie drohenden Gefahr habe der Unterzeichnete die ihm vom Nationalen Klub, Berlin, übergebenen Mittel in anderer als der zur Zeit für zweckmäßig angesehenen Weise verwendet. Es sei notwendig, gegen „sozialistische hochverratliche Flugblätter“ Gegenschriften herauszugeben und das sollte eben viel Geld. Es seien neue, sehr große Mittel erforderlich, um die Ruhrarbeitererschaft darüber aufzuklären, daß ihre nationale Spende nützlicher angelegt, wenn sie zur nationalen Propaganda im Ruhrrevier verwendet würden, statt in den großen Topf der allgemeinen Mithilfe zu fliegen. Zum Schluss weist der völkischparteiliche Reichstagsabgeordnete Herr Geisler darauf hin, daß die Ausführungen des Herrn v. Brud in der ersten Vertreterversammlung der Vaterländischen Verbände in der „Deutschen Zeitung“ wörtlich veröffentlicht worden seien.

Danach steht also folgendes fest: Unter dem Vorhinein des völkischparteilichen Reichstagsabgeordneten Geisler hat sich eine extremnationalistische Organisation gebildet, deren Publikationsorgan die völkische Deutsche Zeitung ist. Diese Organisation treibt unter dem Vorwand, die Franzosen zu bekämpfen, eine innerpolitische Dege gegen die Sozialdemokratische Partei und verwendet zu Zwecken dieser Dege Mittel, die der allgemeinen Mithilfe zur Einberung der Not im Ruhrrevier zugedacht waren. Das sagt die Deutsche Volkspartei zu ihrem schäbendwerten Fraktionsmitglied und was denkt die Regierung gegen die Unterminierung der Widerstandsfront, wie sie von Herrn Geisler und Genossen zu innerpolitischen Zwecken betrieben wird, zu unternehmen?

Die sächsische Polizei

Zur Wahrung der Haushaltbedarfe über das Reichsministerium des Innern setzte der Reichstag am Mittwoch die Aussprache über das Reichsgesundheitsamt fort. Genosse Dr. Rosas verlangte mehr Aktivität bei der Reichsgesundheitsbehörde. Sie müsse aus ihrer Reserve heraustreten und mehr Aufführung in das Volk tragen. Er vermißte ferner die Reform des Jurensrechts, die seit 25 Jahre versprochen sei. Ferner stehen das Tuberkulosegesetz und die Reform des Apothekenwesens aus. Den Apothekern seien noch mittelalterliche Vorrechte verbleiben. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Dumm erwiderte, daß der Fortschritt der Reichsgesundheitsamtes im Gesundheitswesen nicht zuletzt an dem Widerspruch der Länder scheiterte. Bei dem Einsatzpunkt über das Polizeiwesen kam es durch die Schuld des völkischparteilichen Abg. Brüninghaus zu einer heftigen Debatte. Brüninghaus hatte der sächsischen Regierung die Schuld daran zugemessen, daß die sächsischen Vergarbeiter — übrigens nicht mit ganz knapper Mehrheit — beschlössen haben, keine Ueberprüfungen zu verfahren. Der völkischparteiliche Redner suchte daraus ein Stück Volkstümlichkeit zu fabrizieren. Er erklärte, die sächsischen Vergarbeiter hätten versagt und seien den Kämpfen an der Ruhr in den Rücken gefallen. Selbstverständlich wurde ihm von sozialdemokratischer Seite, und zwar durch den Genossen Meier, Zwickau, eine entschiedene Abfertigung zuteil. Meier verwies darauf, daß die sächsische Regierung mit dem erwähnten Beschluß gar nichts zu tun habe, im Gegenteil, ihr Wunsch gewesen sei, daß die sächsischen Vergarbeiter Ueberprüfungen verfahren möchten. Ein völkischparteilicher habe aber am wenigsten Anlaß, sich über mangelnde Opferwilligkeit der Vergarbeiter zu beschweren. Wer jetzt die Verhandlungen im Reichsausschuss erlebte, der sehe, daß in den Kreisen der Besizenden vor allem es an Opferwilligkeit fehle. Ein kleines Lustspiel führte dann der deutschnationale Abg. Dr. Warth aus Zwickau auf, ein Mann, dem der Reichstag für unfreiwillige Komik mancherlei Dank schuldet. Als er sich allzu maßlos machte, plauderte Genosse Meier, Zwickau, unter wiederholter Heiterkeit der Zuhörer aus, daß Dr. Warth bei den Unruhen in Zwickau in der größten Angst gewesen sei, die Sozialdemokraten wollten ihn ermorden. Er habe deshalb sein Haus polizeilich bewachen lassen. Dr. Warth erwiderte darauf, diese polizeiliche Bewachung habe er nicht aus Furcht erbeten, sondern um im Falle von Tumulten seinen zivilrechtlichen Ansprüchen geltend machen zu können. Man muß also auch in diesem Falle den Deutschnationalen den Ruhm lassen, daß ihnen die Sorge um das Fortkommen über alles geht. — Die Weiterberatung des Haushalts des Innern wurde auf Donnerstag mittags 9 Uhr vertagt.

die uns in halbwegs normalen Zeiten sicherlich nur aufhalten kommen können. Fachleute behaupten, daß durch die Ausbesserungsarbeiten und alles, was mit ihnen im Zusammenhang steht, in späteren Wochen eine Verstärkung der Belegschaften möglich sein wird. Auch die pessimistische Auffassung, daß Deutschland langsam seine Finanzwirtschaft durch die so betriebene Zuschußwirtschaft ausgründe richtet, scheint in dieser Art wenigstens nicht begründet. Die Zuschüsse und die Mittel für die Abwehr betragen nach den uns gemachten glaubwürdigen Mitteilungen vorläufig nicht mehr als das, was wir durch Verwertung der Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien ersparen.

Die vergangenen sechs Wochen zeigen jedenfalls, daß Frankreich und Belgien trotz mehrfach geänderter Taktik ihre Pläne nicht wirkungsvoll durchführen konnten und daß trotz ihren Gewaltmaßnahmen die moralische Widerstandskraft der Arbeiterschaft fortbesteht. Die „Sicherung“ der geringen Menge nicht gefesteter Kohle ist ihnen nicht nur nicht gelungen, sondern sie kostete ungeheure Summen, die das französische Volk durch Abprozentige Erhöhung der Steuern aufbringen muß, und sie machen die deutschen Reparationsleistungen von Milliarden von Mark unmöglich. Außerdem hat die Verödung Frankreichs und Belgiens die Aktion ihrer Regierungen mit erhöhten Preisen für Lebensmittel zu wählen und — fast im ganzen Ausland haben sich beide Nationen die Sympathie verschert. Dieser Selbstverödung zweier Völker kann ein Ende gesetzt werden durch einen ehrlichen Willen zu Verhandlungen auf der Grundlage gegenseitiger Gleichberechtigung. Nur unter diesen Umständen gedeiht die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes den gerechten Kampf aufzugeben!

Protest gegen das Blutvergießen

Berlin, 21. Februar. Die deutsche Regierung hat der französischen Regierung zwei Protestnoten überreicht, in denen es heißt: Die deutsche Regierung erhält die Nachricht von neuen Plünderungen französischer Truppen im Ruhrgebiet. Am 17. Februar erschienen fünf französische Soldaten auf der Zeche Pringsroten in Dortmund, um sich Brennholz anzueignen. Als die Belegschaft ihnen den Weg versperre und das Schenkeramt versammelte, hielten sie Verstärkung. Diese sprengte das Tor und schloß mit dem Maschinengewehr auf die deutschen Arbeiter. Der 15jährige Arbeiter Siegelhart wurde schwer verletzt und ist allsahd gestorben. Der Arbeiter Schulz wurde durch Streifschuß am Hals verwundet. Die deutsche Regierung erhebt gegen diese Plünderung und Gewaltakte Protest und behält sich vor, volle Genugtuung zu fordern. — Gleichfalls wird der Protest gegen die Erschießung des Arbeiters Drees in Kirchende bei Gagen aufrechterhalten. Die Kugel ist im Gesicht eingedrungen und vorn am Hinterleib ausgetreten. Drees ist also von hinten angeschossen worden. Er ist jetzt gestorben.

Weitere Plünderungen werden aus Düsseldorf und andern Orten gemeldet, doch hegen wir Zweifel an der Zuverlässigkeit der Berichte. Das halbamtliche Volks-Bureau meldete z. B. am 19. Februar aus Du er, daß in Wetterholt ein französischer Offizier von einem Schindler mit dem Hammer erschlagen wurde, nachdem der Franzose ihn mit der Keilpeitsche geprügelt haben soll. Weiter meldete das genannte Bureau, daß in Wetterholt ein französischer Soldat, der betrunken war, von einem Deutschen erschossen wurde. Nach Erkundigungen bei amtlicher Stelle konnten wir feststellen, daß beide Meldungen rein erfunden sind. Diese Schwindelereien sind ein Verbrechen!

Dortmund, 21. Februar. (Fig. Draht.) Der Kommandeur der Schutzpolizei in Dortmund und sein Adjutant wurden von den Franzosen verhaftet. Aus Reddinghausen ist die „Strafexpedition“ abgezogen, nachdem sie 100 Millionen Mark Papiergeld geraubt hat, von dem zwei Drittel außer Kurs gesetztes Notgeld ist, also keinen Wert mehr hat. Oberbürgermeister, Bürgermeister und fünf Schutzbeamte sind noch verhaftet.

Jagd auf deutsche Minister

Essen, 21. Februar. (W. Z. A.) General Depoutte hat einen Befehl erlassen, nach dem den deutschen Ministern der Aufenthalt im Einbruchgebiet verboten ist. Die Polizeibehörde und die öffentlichen Organe sind angewiesen, die Minister, falls sie das Einbruchgebiet betreten, festzunehmen und den Militärgerichten der Besatzungstruppen auszuliefern. Falls das nicht geschieht, werden die angeordneten Sanktionen (Verhaftung der Städte und Ortshauptleute) durchgeführt werden.

Verstärkungen von beiden Seiten

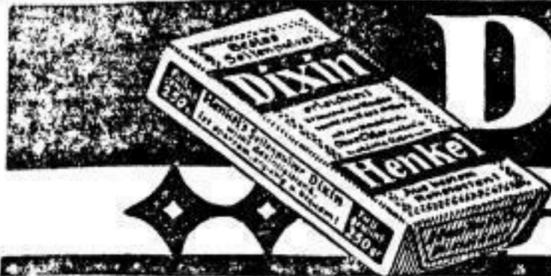
Paris, 21. Februar. Amlich verkündet Poincaré: Der belgische Ministerpräsident Thunis hat heute mit dem französischen Ministerpräsidenten und den Ministern für Finanzen, Ariea, öffentliche Arbeiten und belgische Gebiete sowie mit Marshall Foch über alle die Befehle des Ruhrgebietes betreffende Fragen verhandelt, namentlich über die Frage der Ausfuhrerzeugnisse, der Taxen und Abgaben und der Währungsfrage. Auch wurden neue Maßnahmen beraten, die im Falle der Fortsetzung des deutschen Widerstandes ergriffen werden sollen. Weiterum hat sich die volle Einigkeit der beiden Regierungen über alle Fragen ergeben.

Berlin, 21. Februar. Der deutsche Reichsverkehrsminister hat die Reichsbahndirektionen beauftragt, die Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität an alle die Draststellen einzustellen zu lassen, die in den generellen Militärbetrieb übergegangen sind; zugleich werden die Züge angehalten, die Zulieferungen von Gas usw. nach diesen Dienststellen zu unterbrechen.

Steuer und Geldentwertung

Der Steuerausschuss des Reichstags begann Mittwoch die zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererlassen. Der Unter Ausschuss hat eine Reihe von Anträgen unterbreitet, die Gegenstand der Verhandlung sind. Im Endergebnis mit der Reichsregierung soll nach den Anträgen der Unter Ausschusses die Kapitalertragsteuer zeitweise suspendiert werden, weil die Erhebungskosten in keinem Verhältnis zu dem Aufkommen aus dieser Steuer stehen. Als Ausgleich soll die Körperschaftsteuer von 15 auf 25 v. H. erhöht werden. Von sozialdemokratischer Seite wurden lebhaft Bedenken gegen die Suspendierung der Kapitalertragsteuer erhoben. Hier werde die Besteuerung an der Quelle befestigt, was nicht gerade günstig wirken werde, auch außenpolitische Bedenken sprechen dagegen. Auch die Sozialdemokraten sind für eine Vereinfachung der Steuererhebung, sie jetzt und nur teilweise durchzuführen, sei aber nicht angebracht. Sie müßten sich deshalb die endgültige Stellungnahme zu diesen Anträgen vorbehalten, bis sich die Tragweite derselben übersehen lasse. — Die Anträge des Unter Ausschusses wurden hierauf gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Bei den beantragten Änderungen zum Vermögenssteuergesetz wies der Redner der Sozialdemokraten darauf hin, daß es unhaltbar sei, wenn die Bewertung der Vermögen weit zurückbleibe gegenüber dem tatsächlichen Vermögen. Die versuchte Auseinanderziehung des Taxifis im Verhältnis zu den Bewertungsgrundlagen, lasse alles beim Alten. Die Sozialdemokraten könnten die Vorlage in der jetzigen Fassung unter keinen Umständen annehmen und würden auch im Verein mit aller Schärfe gegen diese Steuerpolitik vorgehen. Ebenso sei die Haltung der Sozialdemokraten abhängig von der Aufhebung des Bankheimnisses und der Einführung des Depotbankens. Diese Erklärung beantragte den Abg. Hefferich, die Zurückstellung der Beratung über den Tarif bis zur Beratung der Bewertungsgrundlagen zu beantragen.



Dixin das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CO., DUSSELDORF

In der Frauenkirche
diesen Sonntag, abends 8 Uhr
Konzert der Staatsoper
zugunsten der Rührhilfe
„**Von deutscher Seele**“
Kantate von Hans Pfitzer
Leitung: Generalmusikdirektor Fritz Busch
Mitwirkende: Grete Merrem-Nikisch,
Helene Jung, Max Hirtzel, Willy Eader
Musikalische Kapelle.
Der Opernhaus der Staatsoper.
Kirche gebietet.
Karten: M. 2000, 1000 einschl. Text-
buch 2. Jaa., Westr. 21; Verkehrsverein
Hauptbahnhof; Invalidentank, Johann-
straße 4, und Opernhaukassa. 1923

Carolassale.
Ballabende (1923)
Sonntag, Montag, Freitag

SARRASANI
Täglich 7,15 Uhr. Sonntag auch 3 Uhr.
Nur noch 5 Tage
Der Fremden-Legation.
Schließung:
Rücker im Ruhr-Revier.
Neue Circus-Akte.
Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus
1. u. 2. März; Großes Schauspiel, 1. März; Ringplatz.
2. März; Brückenkamp. Vorverk. hierfür hat begonnen.

Ball-Anzeiger
für Freitag den 23. Februar

Bürgergarten Lübecker Straße 16
Stenchenbahn-Damen 7, 9, 22.
Moderne Ballmusik.

Eldorado Ringstraße, Str. 1, 5, 12, 17, 18, 19, 20,
1. Rang; Wein-Abteilung;
Görlitzer Platz.
— Zäuner — Rutschbahn.

Paradiesgarten Exzellente beheizte
Kunstlicht-
Wohltätigkeitsball.

Watzkes Tanzpalast Der beliebte
Leipziger Straße
Mittwoch 10 u. 15
BALL.

Waaps
Norddeutsches
Büfett
Dresden-A., Pilsnische Str. 3
Ecke Pilsnische Platz
Neu eröffnet!
Kalt Speisen
und skillohe Getränke.

Olympia-Theater
Altmarkt
Der große Wiener Kunstfilm
Satan im Frack
Gesellschaftsdrama in 5 Akten
unter Mitwirkung erster Wiener Künstler
Das verrückte Testament
Köstliches Lustspiel in 2 Akten. (1922)
Beginn der Vorstellungen
täglich 4, 6, 7, u. 9 Uhr

Blutarme, Kranke
Genesende
Süd-Süßwein
Rotweine
Süße Obstweine
billige Preise

Liköre
Weinbrände
Magen-Weine
Vom Besten das Beste

C. Spielhagen
Weingroßhandlung
9 Annenstrasse 9
9 Bautzener Strasse 9 (1923)
Geöffnet 8-12, 2-6 Uhr

UT
Licht-Spiele
Der Mitternachtsreiter.
Grosses Drama in fünf Akten.
In der Hauptrolle:
Viola Dana.
Ehefreuden.
Komödie in fünf Akten.
Hauptdarsteller:
Karin Molander, Jenny Tschernichin-Larsen, Viktor Sjöström.
Wochentags und Sonntags: 4, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr. (1927)

Perfekte Lumpen-Sortiererinnen
Heute fort ein (1923)
Alfred Zimmer, Großenhainer Str. 8.

Lux hörend
Zweckmarte 8218, entlaufen.
Abzugeben gegen Belohnung Große Zwingen
Straße 17, 4. bei Riffen. Telefon 10822. (1923)

Schlüpfer
Anzüge
Joppen - Hosen
kaufen Sie bekannt billig bei
Krattenstein
17, 1. Webergasse 17, 1. (1923)

An feiner Wohnung lebte die Volkszeitung!

Tabake
anna befeordnet gänzlich
Zigaretten
für Arbeiterverfänger
der Wille von 18000. 4 an
Franz Hollasch
Dresden-N., Steinmühlstr. 1

Kern
Uhren
Das neue
reelle Uhren u
Goldw. Geschäft
mit
Reparatur-Werkstatt

Sie wissen
Ullmann Album
sind **früher!**
2000 neue Modellen
für Frühjahr u. Sommer
Residenz Kaufhaus / Modehaus Renner
Gebr. Alsberg (1928)

Das Neueste
für die
Hausfrau!

Dr. Marquarts
Stoff-Farben
mit Appretur!
Diese Appretur gibt den Geweben die frühere Griffigkeit
und Festigkeit wieder. Unverändert gefärbte Kleidungs-
stücke behalten dadurch ihren guten Sitz.

Dresden-Alstadt: Adler-Drogerie Ernst Winkler, Hübnerstr. 8; Aeskulap-Drogerie Paul Lachmann Nachf., Wettinerstr. 53; Albrechts-Drogerie Apoth. W. Müller, Gruner Str. 27; Bergkeller-Drogerie Richard Köllitz, Nürnberger Platz 5; Barbarossa-Drogerie Max Schreiber, Augsburger Str. 59; Wilhelm Berger, Trompetenstr. 1; Alfred Hiesel Nachf., Wilsdruffer Str. 2; Friedrich Dietrich, Schulerstr. 79; Dornblüh-Drogerie Alwin Hensel, Dornblühstr. 31; Eisen-Drogerie Konrad Nusche, Gerokstr. 14; Paul Finster, Christianstr. 26; Arthur Friedrich, Börsenplatz 19; Alwin Gebler, Pillnitzer Str. 22; Max Richard Hartig, Rosenstr. 34; Benno Henning Sächl., Schillerstr. 6; Kreuz-Drogerie Max Leibnitz, Kreuzstr. 17; Kurt Kobi, Reitzstr. 17; Max Löffler, Lohleustra. 15; Otto Manjock Nachf., Ferdinandplatz; Hermann Koch, Altmarkt 8; Rosen-Drogerie Alfred Nowak, Schandauer Str. 4; Walter Riedel, Johann-Georgen-Allee 15; Friedrich Pietzsch, Holbeinstr. 19; Saxonia-Drogerie Paul Dähnert, Maximilstr. 14; Hugo Scheumann, Altener Str. 29; A. Pöner, Freiburger Platz 10; Victoria-Drogerie Fr. E. Ladowatz, Schandauer Str. 40; Paul Voigt, Ritschelstr. 14; Süd-Drogerie Fritz Weigel, GutsMuths-Str. 24. **Dresden-Neustadt:** Drachen-Drogerie Kurt Bachmann, Großenhainer Str. 27; Ernst Dreßler Nachf., Leipziger Str. 107; Max Franz, Gredendierstr. 2; Hans-Sachs-Drogerie Leopold Peller, Großenhainer Str. 126; Max Heilig, Bauzener Str. 60; Hirsch-Drogerie Arno Oppelt, Torgauer Str. 88; Kronen-Drogerie Felix Hasecke, Kronenstr. 31; Otto Kuhn, Hechtstr. 2; Lilien-Drogerie Rudolf Art, Leipziger Str. 22; Marien-Drogerie Otto Singer, Marienholstr. 30; National-Drogerie Otilwin Dietrich, Leipziger Str. 175; Paul Stöckner Nachf., Martin-Luther-Str. 31; Rich. Peter Nachf., Marktgrabenstr. 26. **Dresden-Blasewitz:** Schiller-Drogerie Herbert Weigelt, Tolkewitzer Str. 6. **Dresden-Cotta:** Stern-Drogerie Erich Hofmann, Warthauer Str. 5. **Dresden-Kleinwachwitz:** Adler-Drogerie Eugen Thömel, Bahnhöfstr. 11; Kreuz-Drogerie Bernh. Hoffmann, Dresden-Löschnitz-Alfred Sachsestr. 10; Kestelauer Str. 24; Ewald Weißbach, Habsburgerstr. 5. **Dresden-Plauen:** Marien-Drogerie Rich. Herrlich Nachf., Zwickauer Str. 12. **Dresden-Weißer Hirsch:** Ernst Meich, Bautzener Str. Radoboul; Saxonia-Drogerie Walter Kirsten, Große Handlung 2; Stephan, Silesianer- & Zille, Dresden-A., Wettinerstr. 42; Drogen-Einkaufs-Vereinigung e. G. m. b. H., Dresden-A., Heibelnstr. 6.

Vertreter: **Edm. Große, Dresden-A. 19,**
Müller-Berser-Str. 34, Telefon 31328. (1928)

Felle
Kauf jed. Posten Kanin-
Hao - Ziegenfelle, Katzen-
felle, Hehelle, Maulwurf-
Hills- und Fuchsfelle

Bett-Linons
Inletts
Damaste
Betttücher
Handtücher
Wischtücher
Winterflanelle
Mangeltücher
Hemdentuche
Hauskleiderstoffe
Blau-Schürzenleinen
17 Am See 17
Webwaren-Schneider

Bis 20000 Mk.
gibt ich für alte
Grammophone
ohne Teicht u. bis
10000 Mk. in Teicht.
Tappert
Weinstraße 24.

Witt Tressen
und Uniform-
Röhre
aus Schmalzform,
Wollhülle und Re-
nanten laut 101367
Max Haupt
Wollhülle 17, 11.

Felle
aller Art
wird abob Zierarbeiten,
auch von Röhren und
Gändern, gekauft 101367
48 Palmstraße 48
am Brühlw. W. 11.

Dauerwäsche
E. J. Nicolai
Frauenstraße 6,
gegenüber Hauptbahnhof.

Schweinefleisch m. 3700
Saltfleisch m. 3000
Antonsmarkthalle, 2. Halle
Erdbelhof, Stand 180 81. (1924)

Wanzen Ungezieser
wird fachmännlich ausgerottet.
Kammerjäger Wegehaupt
Dresden-N., Louisenstraße 6a - Tel. 17587
Nicolai der Kammerjäger-Innen. (1922)

Der Versuch
der Sch
mir sel
Das ha
heute
den Wo
Berord
Schlem
massen
folgeb
Wirtsch
einlung
und Um
die Spe
lich zu
sollen
Fleisch
von den
der Weir
helt von
Drauf
re sich
berung
erklärte
dem in
dann, to
der Wirt
ausreich
es mögl
nehmen.
Ihm sind
au geber
Kommen
Sonde fe
überall
Weg erf

In
Montag
gehenden
reden, w
herstellen
den aut
glauben

unfe
nisten
beitrich
unfe
weise
bare
weiter
wir n
hat kein
nur d
Glaub
rung un
mögl
Berha
Beize

Dem
Zwölfer
S
finden,
nur erfu
Kommun
Unterstüt

so können
holers; wir
beitersche
daran glau
arbeit bere

De

Autoris
Tropf
mit Bedau
mal, das
welches ge
gerechti
auch eine
von einer
Verrück

Die
rend der
Projekten
nicht aufh
Sege
Nadeln reich
Im S
Thnen, plau
grüßen des

Man
das gesch
würde sie
Ost pri
ne zu den
heit des
das mehr
Anfichten
vor dem
Das St
den Ne Mar
Variation
haben, 30
Angend.

Und ne
Wind, alle
oeben, sie
die Zwölfer

Sachsen

Wahnahmen gegen die Schlemmerlei

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Soweit in den einzelnen deutschen Bundesstaaten der Versuch gemacht worden ist, auf dem Wege von Verordnungen der Schlemmerlei zu weichen, ist der praktische Erfolg nur sehr gering gewesen, zuweilen gänzlich ausgeblieben. Das hat seinen Grund darin, daß die wirkliche Schlemmerlei heute weniger in Hotel- und Gaststätten als hauptsächlich in den Wohnungen der Reichen betrieben wird, wo Polizei und Verordnungen nicht hineinreichen. Trotz alledem muß der Schlemmerlei in dieser bitteren Zeit der Not breiter Volksmassen nach Möglichkeit Einhalt geboten werden. Einen erfolgversprechenden Schritt zu diesem Ziele hat jetzt das sächsische Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit den Vereinigungen der Hotel- und Schankwirtschaften von Dresden und Umgegend getan: Diese Vereinigungen haben beschlossen, die Speisearten in den Betrieben ihrer Mitglieder wesentlich zu vereinfachen. Speisearten mit zahlreicher Beisefolge sollen in Wegfall kommen, dagegen sollen nur noch wenige Fleischgerichte darauf verzeichnet werden. Im übrigen wird von den Interessenten darauf hingewirkt werden, daß sich der Betrieb in den Lokalen von jetzt an in möglichstster Schlichtheit vollzieht. In einer Besprechung, die die Vertreter der Organisationen mit dem Wirtschaftsminister hatten, haben sie sich verpflichtet, die genaue Durchführung dieser Vereinfachung bei ihren Mitgliedern zu kontrollieren. Der Minister erklärte ihnen, daß die Lokale nach dieser Richtung hin außerdem in besonderer Weise beobachtet werden würden. Nur dann, wenn das Verbot eingehalten und die Maßregeln der Mitglieder in den in Betracht kommenden Organisationen ausreichen würde, um das erstrebte Ziel zu erreichen, würde es möglich sein, von strengerer Verordnungen Abstand zu nehmen. Sei aber der vereinfachte Weg an der Hand, dann sei ihm keinesfalls vor dem Ende der Verordnung der Vorzug zu geben. Das Wirtschaftsministerium ersucht die in Frage kommenden Hotel- und Schankwirtschaften im nächsten Monate sowie die beteiligten Behörden, in demselben Sinne über alle Vorkommnisse und Erfahrungen zu sammeln, ob dieser Weg erfolgreich erscheint.

Konzeffionen nach links

In dem Artikel „Konzeffionen nach links“, in unserer Monatsnummer, hatten wir uns zwar bereit erklärt, weitgehenden Konzeffionen an die Kommunisten das Wort zu reden, wenn sich dadurch ein Einvernehmen mit dieser Partei herstellen ließe, aber zugleich erklärt, daß wir nicht mehr an den alten Willen der Kommunisten zu hostiler Mitarbeit glauben können. Dazu schreibt unser Juidauer Bruderblatt:

Wir müssen erkennen, daß es sich gegenwärtig nicht um unsere Auffassung über die Vernunftlosigkeit der Kommunisten handelt, sondern darum, der gesamten sächsischen Arbeiterschaft den Beweis für die Nichtigkeit dieser unserer Auffassung zu erbringen, um zu beweisen, daß die Kommunisten mit aller Macht unerfüllbare Forderungen aufstellen, um ihre hohle Agitationspolitik weiter betreiben zu können. Und diesen Beweis können wir nicht erbringen, wenn wir von vornherein sagen, es hat keinen Zweck, mit den Kommunisten zu reden, sondern nur dann, wenn wir, befehle von dem Willen und Glauben an das Zustandekommen einer sozialistischen Regierung und in der Erkenntnis, um der Erfüllung dieses Willens mögliche Konzeffionen nach links zu machen, den Verhandlungsweg mit den Kommunisten unbezweifelnd zu Ende gehen.

Dem stimmen wir durchaus bei. Aber wenn das Juidauer Blatt zum Schluß schreibt:

„Die nicht-zumorende „freie Hand“ der Kommunisten zu finden, muß unsere Aufgabe sein und diese Aufgabe können wir nur erfüllen, wenn wir auf dem Wege der Verhandlungen die Kommunisten auch juristisch und politisch zur Wirklichkeit an oder Unterstützung der sozialistischen Regierung verpflichten“.

so können wir demgegenüber nur unsere Meinung wiederholen: wir können nach dem ganzen bisherigen für die Arbeiterschaft so schädlichen Verhalten der Kommunisten nicht daran glauben, daß die R. P. D. sich zu einer positiven Mitarbeit bereit findet.

Die Figurantin

Der Roman eines Dienstmädchens
Von Léon Frapié

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von
A. M. de Grazia und F. Kunde

Trotzdem, ein Punkt blieb unerklärlich: sie liebte Baby mit Bedauern, mit Furcht, fast mit Bewußtsein. Jedemal, daß sie es umarmte, dachte sie an „das andre“, an ihres, welches gestorben war, und sie empfand das Elend, die Ungerechtigkeit, die damals ausgefallene Bein. Sie hegte auch eine Befürchtung, ein schmerzliches Vorgefühl, wie, wenn sie, von einer anstehenden Krankheit befallen, das Kind ihrer Herrschaft nicht hätte umarmen dürfen.

Die kleine Frau Fink unterließ sich nachmittags, während der zukünftige Architekt draußen seinen unbegrenzten Projekten nachsagte, mit Sulette, denn sie konnte schließlich nicht aufhören, von dem Kinde zu sprechen.

„Sehen Sie sich hierher, Marie, Sie können mir die Rabalen reichen.“

Im Salon, beim Fenster, das Arbeitstischen zwischen Ihnen, plauderte die Frau unaufhörlich, sich ganz dem Vergnügen des Ein- und Auswärtens von Baby hineinwendend.

Man fühlte, daß sie nicht um Mariens willen sprach: das geschah ihrthalben nur, in Ermangelung von Bessermem würde sie für sich allein geschwätzt haben.

Oft probte sie vor Marie die Bemerkungen aus, welche sie zu den jungen Frauen, ihren Freundinnen, bei Gelegenheit des nächsten Besuchs, äußern wollte. Sulette beobachtete das mehrere Male: sie zitterte stehend am folgenden Tage Anzeichen einer Kindererziehung, welche sie tags zuvor, tastend, vor dem Arbeitstischen, entwickelt hatte.

Das Lieblingsthema der Frau Fink, der Grundgedanke, den sie Marie ohne Aufhören und in offen nur erdenklichen Variationen darzulegen strebte, war die Freude, ein Kind zu haben. Ihre Sprache wurde zuweilen poetisch, begeistert, singend.

Und nicht allein zeigte sie dem Dienstmädchen das ganze Glück, alle Wonnen, die aus dem Besitz eines Kindes hervorgehen, sie bewies ihr auch die Unmöglichkeit, glücklich zu sein, die Zwecklosigkeit, ohne Kind zu leben.

Wortchristentum im Zentrum

Die Auseinandersetzungen im sächsischen Zentrum nehmen noch immer kein Ende. Der frühere Landesvorsitzende des sächsischen Zentrums, Studienrat Wels, erhebt in der sächsischen Volkszeitung, dem sächsischen Zentrumblatt, gegen den jetzigen Landesvorsitzenden, Bürgermeister Gehelein, u. a. folgende Vorwürfe:

Wenn Herr Gehelein nicht soviel christliche Rücksicht über wolle, von der Annahme seiner Wahl abzusehen, weil der bisherige Vorsitzende durch schwere Krankheit verhindert war, persönlich auf dem Parteitag zu erscheinen und sich zu verteidigen, so hätte ihn hierzu wenigstens die Rücksicht auf die große Minorität und die Gefahr der Spaltung der Partei bestimmen müssen. Denn die Vertreter von Leipzig und Glauchau gaben im Namen ihrer Ortsgruppen die Erklärung ab, daß diese auf keinen Fall mit Herrn Gehelein als Vorsitzenden arbeiten werden.

Die Wahl des Landesvorsitzenden auf dem außerordentlichen Parteitag war eine große Verletzung der Satzungen der Partei. Die Wahl stand nicht auf der Tagesordnung, was unbedingte Verjährung ist. Der Vorsitzende hatte sein Amt nicht niedergelegt und war nicht abgelehnt. Gehelein hätte einer Wahl unbedingt widersprechen müssen. Auch ein Parteitag ist nicht allmächtig, sondern an die Satzungen gebunden.

Christliche Rücksicht? Herr Studienrat Wels wird erkannt haben, daß auch von Zentrumsführern zwischen Wort- und Tatchristentum oft ein „kleiner“ Unterschied gemacht wird.

Auf Kosten der Republik

Wegen Verleumdung der sächsischen Regierung durch Handbemerkungen in Äkten vor Regierungsrat Günichen vom Juidauer Landgericht zu 180 000 M. Strafe verurteilt worden. Das Reichsgericht hat das Urteil auf Revision Gänzlich aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an das Juidauer Landgericht zurückverwiesen. Die Sache wird dann noch einmal an das Reichsgericht gehen und so fort. Inzwischen geht der Herr Regierungsrat auf Kosten des Staates inszenieren. Die Herren Monarchisten beschimpfen zwar die Republik, aber das Geld dieser Republik stecken sie ruhig ein, denn: noch olet, es stinkt nicht. Aber manches, andre stinkt in der deutschen Republik.

Was die Kommunisten den Kapitalisten schenken

In Sachsen besteht ein Gewerbesteuergesetz, das es ermöglicht, die Riesengewinne der Industrie steuerlich zu erfassen. Die Regierung brachte unlängst eine Vorlage ein, die die Gewerbesteuer dem gesunkenen Wert der Markt entsprechend erhöhen sollte. Die R. P. D. lehnte das ab. Welchen Dank die Unternehmer und Großkapitalisten, den Kommunisten für die Ablehnung schenken, ergibt sich aus folgendem Beispiel:

Die Polyphonwerke A.-G. in Wahren veröffentlichen ihren vorjährigen Geschäftsbericht, der mit einem Reingewinn von 425 270 000 M. abschließt. Außerdem sind für Kontosteuern 100 Millionen Mark zurückgestellt und sämtliche Konten, wie Grundstück, Maschinen, Anlagen, Effekten und Beteiligungen, bis auf eine Mark abgeschrieben.

Von diesem ungeheuerlichen Gewinn erhalten die armen Aktionäre 200 Prozent Dividende.

Die 425 270 000 M. Reingewinn werden als Ertragsanlage mit 2 Prozent zur sächsischen Gewerbesteuer herangezogen. Da das Anlage- und Betriebskapital der Polyphonwerke ungefähr 200 Millionen Mark betragen dürfte, übersteigt der Reingewinn dieses um rund 100 Prozent. Der die Betriebsanlage bzw. Kapitalien übersteigende Teil des Reingewinns ist im vorliegenden Falle mit weiteren 5 Prozent zu versteuern.

Die Aktiengesellschaft Polyphon hätte demnach von ihrem Reingewinn ungefähr:

2 Prozent, rund 425 Millionen =	8,5 Millionen
5 Prozent, rund 200 Millionen =	10,0 Millionen
	zusammen 18,5 Millionen

an Steuern abzugeben.

Die letzte Vorlage der sächsischen Regierung wollte eine Verdreifachung des Steuerbeitrages, was aber von den Bürglichen und von den Kommunisten abgelehnt wurde. Durch ihre Ablehnung schenken die Kommunisten den armen Aktionären der Polyphonwerke rund 36 bis 40 Millionen Mark.

Wenn schon in dem einen Falle diese 36 bis 40 Millionen einer Aktiengesellschaft an den Hals geschoben werden, kann man sich ausmalen, welche Unsummen den Kapitalisten in ganz Sachsen geschenkt werden. Würden diese Milliarden nicht besser

im Interesse der Erwerbslosen und Notleidenden Verwendung finden können?

Die Herren von der R. P. D. gebärden sich aber immer, als wenn sie die Zeit nicht erwarten könnten, um die Kapitalisten zu enteignen, während sie in Wirklichkeit den Kapitalisten und Reaktionsären zum Schaden der Arbeiterschaft einen Dienst nach dem andern leisten.

Was sagen die kommunistischen Arbeiter dazu?

Ein Reklametric

In großen Zusätzen und Artikeln rekonstruieren die Kommunisten von Baugen damit, daß sie zu einer Volksversammlung für Donnerstag in Baugen, in der ihr Ministerpräsidentenkandidat Wötcher über die politische Lage und die Regierungsfrage sprechen soll, schriftlich den Ministerpräsidenten Bud eingeladen haben. Die Kommunisten wollen damit, weil es ihnen sonst nicht möglich wäre, ein volles Haus erzielen. Wie wir jedoch hören, hat der Ministerpräsident es abgelehnt, in dieser Versammlung zu erscheinen. Er wird also nicht kommen.

Stadt-Chronik

„Waterlandsche Gefellen“

„Sieh wieder einer gegen auch die Hand und spricht, ihr Armen habt kein Vaterland, so steht doch auf und fragt ihn einmal frei, was unter Deutschland für den Reichen sei!“

„Ist es das Land, das er mit Arbeit schmückt, des Ehre ihn erkrant, des Leid ihn drückt? Ist es das Land, das er im Herzen liebt, für das er duldet und für das er gibt?“

„Ist es die Heimat, seines Volkes Herd? Das Land der Brüder, die er treulich ehrt? Na, steh doch einer auf und frag ihn frei, ob so dem Reichen unser Deutschland sei!“

Und nicht das Land, in dem er Schätze rafft? Und nicht das Volk, das mühsam für ihn schafft? So feil, wie alles um sein schönbes Geld!

Ludwig Thoma.

Der Ludwig Thoma nach 1918 wird von den politischen Strauchrittern um Hüller und Riesdoh — da Thoma tot ist und sich gegen diese Verächtung seines Namens nicht wehren kann — gern als einer der ihren reklamiert. Vielleicht drucken die Hüller-Händler auch einmal nach, was Ludwig Thoma zur heuligen Situation zu sagen hätte — er jagt es im voraus in obenstehenden Gedicht.

Gleiche Brüder — gleiche Schappen

Die Lesergemeinschaft der sächsischen Landeszeitung hatte für heute abend eine Versammlung im Dresdner Konzerthaus anberaumt, in der die deutschnationalen Landtagsabgeordnete Grellmann und Börner unter dem Thema: „Wer verlegt die Verfassung?“ über die Verfassungen im Wienerloch sprechen sollten. Da die Mitglieder dieser Lesergemeinschaft den verbotenen nationalsozialistischen und deutschvölkischen Organisationen angehören, verbot das Polizeipräsidium auch diese Versammlung.

Am nächsten Tage berief die deutschnationale Partei dieselbe Versammlung mit demselben Thema und denselben Referenten ein. Auch diese Versammlung wurde verboten, da die Mitglieder dieser Partei der Lesergemeinschaft der sächsischen Landeszeitung angehören und somit diese Partei nur ein andres Anhängelschild für dieselbe Sache hergab.

Und nun tritt die deutschnationale Volkspartei als Firmenträger auf den Plan. Im Dresdner Anzeiger und in den Dresdner Nachrichten von heute morgen, im Anzeiger sogar doppelt, kündigt der Landesverband Ostsachsen der deutschnationalen Volkspartei genau dieselbe Versammlung an. Lokal: Dresdner Konzerthaus. Thema: Wer verlegt die Verfassung? Redner: Grellmann und Börner. Beginn: 8 Uhr. Nichts hat sich geändert. Nur die Firma ist zum zweiten Male gewechselt worden.

Wahrscheinlich rechnet die deutschnationale Volkspartei damit, daß die Versammlung nicht verboten werden kann, wenn sie, die nicht verbotene Partei, als Einberufer austritt. Es ist aber wünschenswert, daß das Verbot trotzdem erfolgt. Denn erstens ist nach dem geschichtlichen Vorgang für einen ruhigen Verlauf der Versammlung gar keine Gewähr gegeben. Und zweitens ist es klar ersichtlich, daß die

Mutterchaft hingemordet worden war, sie litt auch, kein Recht an dem Kinde der andern, keinen Anteil an seinem Besitz zu haben, denn die Bärtlichkeit ausbrüche der Mutter schlossen sie unbarmherzig aus:

„Wem gehört das Küchlechen? Seiner Mama. Mädchen Sie es, Marie? Sie kriegen es nicht... Kämpfe dein Mädchen, mein Schatz, um Marie zu verjagen.“

Der Frau gegenüberstehend, lachte die eiserne, ohnmächtige Sulette, ohne sich zu regen: nichts zu machen, wenn sie nicht das Kind stehlen wollte und stehlen.

Aber in ihrer Kammer brachte Sulette bisweilen Stunden damit zu, daß sie, wie ein wildes Tier im Käfig, hin und her lief.

Sie hegte Horn, nicht gegen Frau Fink selbst, deren Charakter in keiner Weise schlecht war, aber gegen das Glück der Frau Fink und gegen ihre Selbstsucht. Sulette handelte unter dem Drange, sich zu rächen, ihre Herrin in Vergeltung der ihr zugefügten Wunden zu verletzen — unter dem Drange endlich, zu beweisen, daß trotz allem Marie ein lebendes Wesen.

Das Spiel mit Baby war oft ein Spiel zu dreien, zwischen dem Herrn, der Frau und Marie.

„Marie, gehen Sie mir das Kleine“, sagte die Frau. „Ich untersage es Ihnen streng, Marie!“ rief der Herr. „mir haben Sie es zu bringen.“

„Ach! aber nein! ich habe es zuerst verlangt, verstanden, Marie?“

Sulette antwortete: „Nun, gnädiger Herr, gnädige Frau, um keinem Unrecht zu tun, behalte ich es.“

Der Herr antwortete nichts; während eines Augenblicks schien er an ganz was andres zu denken, heimlich jedoch näherte er sich Marien und nahm ihr unermutet das Kindchen weg. Aber kurz darauf tauchte es ihm Marie lüftig und gab es der Frau zurück.

Daraus entspannen sich Vertraulichkeiten zwischen Marie und dem Herrn, gewisse unfehlbare Verührungen, welche aber Verengungen der Blicke, Wesen mit den Augen, beinahe gegenseitige Herausforderungen mit sich brachten.

Denn gab es — lange nach diesem Schiel — abends nach dem Diner Anflüge von Bärtlichkeit, Rächeln herüber und hinüber, gleich Vorkungen zu lustigem, gemeinsamem Vergnügen.

(Schluß folgt.)

Über ihre Abficht und mit einer um so höheren und unmittelbaren Wirkung realisierte sie die Grausamkeit eines Reichen, der seine Schätze vor einem Hungerleider ausbreitet und dessen Not verhöhnt, sie überredete wieder und wieder ihre mütterliche Glück. Nach Aufzählung ihrer Wonnen ging sie auf den aussichtslosen Kummer ein, welcher den Gegensatz bilden mußte.

„Sehen Sie, Marie, eine Frau ohne Kind, das ist keine Frau. Und übrigens, die Natur teilt ihre Rechte nicht ab. Mama machte mich oft darauf aufmerksam: unter unserm Vorkommen gibt es Ehepaare, schon ältere, die haben kein Kind: selbstredend wollten sie keins und sie freuten sich über das Refusal: wieviel Sorgen weniger, wieviel Ersparnisse usw. Nun, diese so befreitigten Leute wissen nicht, was sie für Mittel anwenden sollen, um die Kinder anderer in ihr Haus zu ziehen! Ja, unter allen möglichen Vorwänden sind sie darauf erpicht, ihre Neffen und Nichten sich zu leihen, sogar die kleinen Knaben der gewöhnlichen Bekanntschaft.“

Sie verwarf ihre Grausamkeit noch:

„Denken Sie doch, Marie! Keine Gegenwart könnte den Gedanken ausfüllen, wie es ein Kind tut. Das kann einen närrisch vor Freude machen: in jedem Augenblick mit jeder Bewegung „gestaltet man die Zukunft“. So schaffen Sie selbst, mit Ihren Händen, — halt! Wie Sie zittern! — in diesem Augenblick, mit diesem Schwamm, in einem unendlich schwachen Grade, die Gesundheit, die zukünftigen Jahre, die Kraft des kleinen Paul, des Mannes, der dieser kleine Paul sein wird.“

Frau Fink redete nicht ins Blaue: sie würde diese Sprache nicht vor einem lebigen Mädchen ohne Mitleid und Verehrer geführt haben, nicht vor einer Witwe, nicht vor einer Kinderlos geduldeten Frau; aber was! Warum sich vor Marie in acht nehmen!

Der Gedanke kam ihr gar nicht in den Sinn, daß Marie gegen ihre Mutterchaft von Reid erfüllt sein könnte und darunter litt, und, wahrhaftig, es lag nicht im Bereich der Vorstellung, daß Marie eine Vergantheit haben konnte, noch daß sie hoffnungslos eine arde Zukunft sich wünschen sollte als ihre derzeitige Knechtschaft.

Sulette konnte nicht anders, sie mußte den kleinen Paul lieben; dabei litt sie nicht allein daran, daß ihre eigene

Deutschnationale Volkspartei der eigentlichen Verantwortlichen, die Anhänger verbotener Organisationen, nur mit ihrem Namen bedr.

Saupatrioten im Schloßheller

Von Besuchern des Lokales Schloßheller in der Schloßstraße werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß sich in diesem Lokal

Jahreschau 1923: Spiel und Sport

Die Vorbereitungen für die diesjährige Jahreschau, die bekanntlich den Spiel- und Sport gewidmet ist, sind im vollen Gange.

Die Vorarbeiten sind seitlich der strebende Wirkung in die industriellen Erzeugnisse, die wieder die Rollen des hiesigen Ausstellungskomitees spielen werden.

Die Abteilung Wissenschaft umfaßt zum kleineren Teile das Spiel und zum größeren Teile den Sport.

Die Jahreschau 1923 hatte mit einem Ueberblick von 4 Millionen Wort abgeschlossen, mit dem manchen für die diesjährige Ausstellung gezeichnet hätte werden können.

Mertzliche Hilfe in der Nacht

Das Wohlfahrtskomitee macht bekannt, daß während der Nacht für Kranke ärztliche Hilfe leicht, kann auf den Wohlfahrtskomitee-Inspektionen die Namen der zur Hilfestellung

Die Treiben der Frauenklinik hat die Einrichtung getroffen, daß in dringlichen geburtsärztlichen Fällen sofort ärztliche Hilfe aus der Frauenklinik, auch bei Nacht, und zwar

Erwerbsbeschränkterfürsorge der Stadt Dresden

Wie wohl allgemein durch die Presse bekannt ist, hat die Stadt Dresden Verhältnisse für Erwerbsbeschränkte eingerichtet.

in moralischer Beziehung profitieren davon auch gleichzeitig die Arbeitnehmer und die Allgemeinheit. Die Entlohnung erfolgt nach Leistung.

Der Fingerring

Der 23jährige zu Dresden-Leutewitz geborene Kaufmann und Händler Leon Johannes Kaste lernte im Dezember ein Mädchen kennen.

Deutsche Rotgenossenschaft

In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Ortsausschusses für die Sammlung Deutsche Rotgenossenschaft wurde das bisherige Sammelergebnis für Dresden mit 48 Millionen Mark festgestellt.

Ortsgruppe Dresden des Verbandes für deutsche Jugendverbände. Es hat hier auf die am Mittwoch den 22. Februar, abends 6 Uhr, in der Aula des Wettiner Gymnasiums, Wettiner-Platz, stattfindende Hauptversammlung aufmerksam gemacht

Sturz auf der Straße. Am Mittwoch nachmittag kam der in Radelwitz wohnhafte 24 Jahre alte Maschinenformer R. S. auf der Kreuzstraße zu Fall und lag so heilig auf, daß er mit einer gefährlichen Kopfverletzung dem Carolahaus zugewiesen werden mußte.

Bereinigung zur Förderung der weltlichen Schule. 24. 25. 31. 32. 33. 41. und 52. Volksschule. Sonnabend den 24. Februar, 7 1/2 Uhr. Versammlung im Wetzburger Hof, Ecke Zittmanner- und Wetzburger Straße.

Ans dem Bartleben

Frauen der drei Kreise. In der am Dienstag veranfaßten Konferenz ist ein Ruff liegend geblieben. Abzupolen an der Bierausgabe des Volkshauses.

4. Unterbezirk

Veranstaltungen Freitag 8 Uhr: Gruppe 2 im Lustgartenhof; außerordentliche Generalversammlung.

5. Unterbezirk

Sonntag den 25. Februar, vormittags 10 Uhr, in allen Gruppen Mitgliederversammlung: Gruppe 2: Restaurant Komal, Bübnerstraße 35.

6. Unterbezirk

Bezirk Pöbitz. In der letzten Mitgliederversammlung sprach Ministerialrat Dr. Schröder über: Recht, Richter, Volk. Er empfahl zum Schluß seiner Redeführung ausgesprochenen Ausführungen die Schaffung von Volksgerichten.

7. Unterbezirk

Bezirk Pöbitz. In der letzten Mitgliederversammlung sprach Ministerialrat Dr. Schröder über: Recht, Richter, Volk. Er empfahl zum Schluß seiner Redeführung ausgesprochenen Ausführungen die Schaffung von Volksgerichten.

8. Unterbezirk

Bezirk Pöbitz. In der letzten Mitgliederversammlung sprach Ministerialrat Dr. Schröder über: Recht, Richter, Volk. Er empfahl zum Schluß seiner Redeführung ausgesprochenen Ausführungen die Schaffung von Volksgerichten.

Waldschützen im Radberger Hof. Genossin Witzner: Reiserlebnisse.

Trachenberg im Verahmelnhof. Genosse Witzner: Landespartei und Regierungsbildung.

Witzner im Richter's Restaurant: Landespartei. — Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung.

5. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, vormittags 10 Uhr, in allen Gruppen Mitgliederversammlung.

6. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 2. Eintritt frei.

7. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

8. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

9. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

10. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

11. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

12. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

13. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

14. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

15. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

16. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

17. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

18. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

19. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

20. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

21. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

22. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

23. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

24. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

25. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

26. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

27. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

28. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

29. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

30. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

31. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

32. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

33. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

34. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

35. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

36. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

37. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

38. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

39. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

40. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

41. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

42. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

43. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

44. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

45. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

46. Unterbezirk: Sonntag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal 1. Eintritt frei.

Die Tagung des Reichsstädtebundes

In Halle (Saale) tagte am 17. Februar unter zahlreicher Beteiligung der Reichsstädtebünde, die Organisation der deutschen Mittel- und Kleinstädte. Die Tagung begann mit einer Kundgebung für die Ruhrbevölkerung und einem Protest gegen die Abfertigung des Reichsfinanzministers, in einer Anzahl von Städten die letzten Beamten auf Grund des Besatzungsrechtgesetzes zurückzuführen, obwohl sämtliche preussischen Instanzen die heutige Befolgung genehmigt haben. Syndikus Dr. Gatzel besprach in seinem Vortrag die schwebenden kommunalen Fragen. In dem Mittelpunkt stellte er das Finanzvergleichsgesetz, dessen Verabschiedung die in vielen Fällen geradezu katastrophale Lage der deutschen Gemeinden erleichtern würde, abgesehen auch dann noch 40 Prozent des Gemeindefinanzbedarfs ungedeckt bleiben. Die Umsatzsteuer sei zwar keine ideale Steuer, aber es könne kein Streit darüber bestehen, daß sie vom Standpunkte der Gemeinden aus notwendig sei. Die schärfere Erfassung der Steuer allein würde den Gemeinden keine wesentlichen Erleichterungen bringen. Wenn die Gemeinden nicht zugrunde gehen sollten, so müßte alles getan werden, um das Finanzvergleichsgesetz beschleunigt zu verabschieden.

Zu der Aussprache führte Genosse Stoll, erster Bürgermeister in Fürstenwalde (Spree), aus, daß bei der außerordentlichen Verschlechterung der Lebenshaltung weitestgehend eine Erhöhung der ohnehin schon drückenden Umsatzsteuer, die zeitlos auf den Verbrauch abgemittelt werde, nicht beantragt werden könne. Die Reichsregierung dürfe an dieser Frage aber das Finanzvergleichsgesetz nicht scheitern lassen. Bei der Umsatzsteuer werde noch mehr gemogelt als bei der Einkommensteuer, dabei sei eine weit schärfere Erfassung unumgänglich notwendig. Die Spitzenverbände müßten energisch für eine Erhöhung des Gemeindefinanzanteils eintreten. In Preußen solle man endlich die Grundwertsteuer nach Naturalwert einführen, wie es jetzt im sozialistischen geführten Anhalt geschehe, wo man nicht so viel Angst vor den lebenden Agrariern habe. Durch diese Steuer würden Milliarden gewonnen, die zum Teil den Gemeinden zugewiesen werden könnten. Zum Schluß begründete der Redner einen sozialdemokratischen Antrag, der die Prüfung der Frage der Zwangsversicherung für Milch, Fett und Kartoffeln und die Befreiung von Zwangspreisen für Fleisch fordert. — Der Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, gewerlicher Bürgermeister Hoffin, Kettwippin, sang das Loblied der freien Wirtschaft und empfahl dann — den sozialdemokratischen Antrag zur Ernährungsversicherung. — Stadtvorwörter Böniger, Tübingen, und Bürgermeister Breuer, Weiden, forderten Erleichterungen für die besetzten Städte. Der sozialdemokratische Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgesehen referierte Damaskus über die Grundwertsteuer, deren Einführung im In- und Ausland er schilderte. Der führende Staat Preußen und die in ihm früher nachgehenden bürgerlichen Parteien kamen dabei schärfst weg. In den etwa 1200 preussischen Gemeinden, in denen die Steuer nach dem gemeinen Wert eingeführt ist, hat sie sich glänzend bewährt. Jetzt gilt es, sie der Geldwertminderung anzupassen, und das geschieht am besten dadurch, daß sie unter Zugrundelegung der Friedensverhältnisse nach Naturalwert bestimmt wird. Dann ist sie die Willkürsteuer, nach der man im Reich und in den Ländern sucht. Die Steuer ist im Gegensatz zur Umsatzsteuer, die die Lebenshaltung verteuert, und zur Einkommensteuer, die die gewerbliche Produktion erschwert, gerecht. Sie fördert die Produktion, denn sie zwingt zu intensiver Bodenkultur, sie vermindert das Angebot und verhilft so die Lebenshaltung. Ihre technische Durchführung ist denkbar einfach. Das neue preussische Grundwertgesetz ist das Schlimmste, was man dem Volke in dieser Zeit überhaupt bieten konnte.

Damit hatte die Tagung ihr Ende gefunden. Sie war erfreulicherweise beträchtlich zahlreicher als von sozialistischen Kommunalpolitikern besucht.

Die Mietzinsnachzahlung am 1. März

Der Rat zu Dresden veröffentlicht heute eine Bekanntmachung über den Mietzins für die Zeit vom 1. März 1923 an. Dergleichen teilt uns das Dresdner Ortsmietenamt mit:

Wie die Presse bereits in der vergangenen Woche berichtet hat, macht die Steigerung der Preise für Rohstoffe und Baukosten, die seit der letzten Festsetzung der Miete (Dezember 1922) eingetreten ist, eine Nachzahlung der Mieter für das 1. Vierteljahr 1923 unvermeidlich. Hatte doch das Ortsmietenamt bei der Festsetzung der Mietmiete mit einem Wasserpreis von 90 M. gerechnet, während bereits für Januar 106 M. und für Februar 100 M. gelten. Für Gas war seinerzeit 100 M. angenommen, während bereits für Januar 120 M. und für Februar 600 M. gelten. Für Strom war für Januar mit 200 M. zu rechnen, während der Februarpreis 1000 M. beträgt. Weiter wird für Schwemmanifikation im März 80 Prozent des Mietertrages vom Oktober 1921 nachgehoben; gegenüber dem bisherigen Satz von 2 Prozent bedeutet dies eine Steigerung um das 40fache. Weithin liegen die Verhältnisse bei den laufenden Anstandsarbeiten. Auch eine — wenn auch geringe — Erhöhung des Aufschlags für Verwaltungskosten war bei der letzten, seit Dezember 1922 eingetretenen Geldentwertung nicht zu umgehen.

Da die heute bekannten Preise die in der vorigen Woche vom Ortsmietenamt zugrunde gelegten Preise noch übersteigen, mußte der Rat über die ursprünglich in Aussicht genommene Nachzahlung von 9 Grundmieten hinausgehen und hat deshalb beschlossen, daß für den Monat März außer der Januarzahlung folgende Mietzinszuschläge zu zahlen sind:

- für Betriebskosten 700 v. H. der Grundmiete für laufende Instandsetzungsarbeiten
- a) bei Grundmieten, die vor dem 31. Dezember 1922 fertiggestellt sind 400 v. H. der Grundmiete
- b) bei Grundmieten, die später fertiggestellt sind 300 v. H. der Grundmiete für Verwaltungskosten 10 v. H. der Grundmiete
- Zusammen im Falle a) 1110 v. H. der Grundmiete
- im Falle b) 1010 v. H. der Grundmiete

An Grundmieten, in denen Letztmietenverträge existieren, vermindert sich der Betriebskostenaufschlag um 400 v. H. der Grundmiete.

Im Angebotsfall haben also die Mieter am 1. März 1923 11 Grundmieten für Betriebskosten und laufende Instandsetzungsarbeiten und 10 v. H. der Grundmiete für Verwaltungskosten nachzugahlen.

Die angeführte Betriebskostennachzahlung (7 Grundmieten) ist ein Berechnungsfehler. Haben die Mieter nach der Zahlung der Vierteljahrssätze vom 1. Januar 1923 bereits Nachzahlungen für Betriebskosten geleistet, weil der Vermieter mit dem Betriebskostenaufschlag nicht auskam, so sind diese auf den Märzzuschlag anzurechnen. Im Angebotsfall wird der Märzzuschlag für Betriebskosten in vielen Fällen nicht ausreichen, insbesondere dann, wenn im laufenden Vierteljahr Dünger- und Abwasserentwässerung erfolgt. Weist der Vermieter den Mietern nach, daß das Betriebskostengeld, das er für das laufende Vierteljahr erhalten hat (nämlich am 1. Januar 1923 4 Grundmieten und am 1. März 7 Grundmieten), auskommen 11 Grundmieten), nicht ausreicht, um die für Betriebskosten eingegangenen Rechnungen zu bezahlen, so haben die Mieter den erforderlichen Restbetrag nachzuschließen. Der Restbetrag ist dabei nach oben auf volle Grundmieten abzurunden. Dieser auf volle Grundmieten abgerundete Ergänzungsbetrag ist am 8. auf den nächsten folgenden Tage fällig. Es ist somit das feitherige auf Vorzahlung der Mieterbeiträge eingeführte Nachzahlungsverfahren grundsätzlich beizubehalten worden.

Für laufende Instandsetzungen haben dem Vermieter für das laufende Vierteljahr in der Gruppe der älteren Häuser 7 1/2 Grundmieten (3 1/2 vom 1. Januar und 4 vom 1. März), in der Gruppe der neueren Häuser 5 1/2 Grundmieten (2 1/2 vom 1. Januar und 3 vom 1. März) zur Verfügung. Darüber hinaus hat der Mieter Nachzahlungen für laufende Instandsetzungsarbeiten nur dann zu bewilligen, wenn der Rat dem Vermieter die Vornahme einer notwendigen Arbeit auferlegt. Die Höchstgrenze der Nachzahlung ist vierteljährlich auf 7 1/2 Grundmieten festgesetzt.

Der Erhöhung der Miete mußte notwendig eine Erhöhung der gesetzlichen Untermiete folgen. Dabei war insbesondere die erhebliche Steigerung der Heiz- und Wasserpreise zu berücksichtigen, die seit Dezember 1922 eingetreten ist. Deshalb ist für März der Mietzins für möblierte Räume auf das 140fache der Friedensmiete festgesetzt. Bei Vergleichen von Häusern erhöht sich die Miete um das 30fache der Friedensmiete. Dazu teilt, wie bisher, eine angemessene Vergütung für Krüchler, Bedienung, Licht, Heizung und Wasser.

Bezug von Gas und Strom durch Zivileinquartierung

Im Einvernehmen mit dem Wohnungsamt werden nachstehend die vom Verwaltungsrat der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke festgesetzten wöchentlichen Zuschläge bekanntgegeben.

Die Zuschläge sind nach dem am 18. Februar 1923 bekanntgegebenen Preisen von 600 M. für 1 Kubikmeter Gas und 1000 M. für eine Kilowattstunde Lichtstrom errechnet. Sie gelten von der Einbegleichungsperiode 1923 an, die den Verbrauch von der ersten Februarhälfte dieses Jahres beginnt. Im übrigen gelten die bisherigen Bestimmungen.

Wöchentliche Zuschläge

Monat	Zuschlag für Gas (in M.)	A. für elektrischen Strom zur Verwendung in einem regelmäßig betriebsbereiten Haushalt				
		bei einer Lampe von 25 W.	30 W.	40 W.	45 W.	60 W.
Februar	20	10	12	14	16	18
März	20	10	12	14	16	18
1. Quartalsende	20	10	12	14	16	18

Monat	Zuschlag für Gas (in M.)	B. für Gas zur Verwendung in einem regelmäßig betriebsbereiten Haushalt		C. für Gas zum Kochen	
		bei einer Lampe von 25 W.	30 W.	bei einer Lampe von 25 W.	30 W.
Februar	20	10	12	14	16
März	20	10	12	14	16
1. Quartalsende	20	10	12	14	16

Dresden, den 20. Februar 1923.
Der Rat zu Dresden, Betriebsamt.

Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter!

Freitag den 23. Februar 1923, nachm. 5 1/2 Uhr in den Annenkirchen (Kleiner Saal), Friedrichsplatz:
Gemeinsame Baudelegierten-Versammlung
Tagesordnung:
Stellungnahme zu dem ablehnenden Verhalten des Arbeitgeberverbandes betreffs Schiedspruchs v. 14. Februar.
Ohne Delegiertenanmeldung kein Zutritt. 1943
Die Vorstände der Bauarbeiter und Zimmerer.

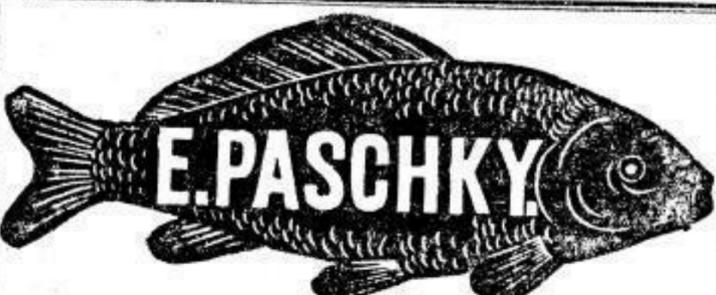
Todesanzeige.
Am 18. Februar verchied nach kurzem Krankenlager unser bald seit 3 Jahren bei uns tätiger gewerblicher Buchhalter
Herr Georg Böhme
Der Verlebte war ein fröhlicher, gemütsvoller Einzelkämpfer, der bei allen Widrigkeiten und Beschränkungen genoss.
Sein Andenken werden wir jederzeit im Gedenken halten.
Dresden, den 22. Februar 1923.
Die Gesamterwaltung des Konsumvereins Kommando für Dresden und Umgegend, G. m. b. H.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 2 Uhr, auf dem St. Pauli-Friedhof statt.

Schuhmacher-Zwangs-Innung
Präsident
Gödelstraße 18, I.
Freitag den 23. Februar, abends 6 1/2 Uhr:
Gesellenauswahl
nach § 37 untr. Satzungen.
A. W. der Verwaltung:
1923) **Wagner**
Unterstützungsverein Dilettantia.
Sonabend den 24. Febr. abends 7 1/2 Uhr
1. Weibler, Gödelstr. 3
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des jährlich. Rechenschaftsberichts.
2. Neuwahl der stellvert. Vorstandsmitglieder.
3. Über einmündige Beiträge, § 23 d. Z.
4. Satzungsänderungen.
5. Innere Vereinkegeln.
Anmelden. 1944
A. W. **Brenzel, Wert.**
Kellereihausstr. 10, I. R. I.
Abend 8 Uhr, 48. H. R.
Das heilige Feuer von Jürgen Brand, Buchhandlung.

Leder-Ausschnitt u. Schuhbedarfs-Artikel
kauft man gut und preiswert in 1924
Dresden-V., 52 Am See 52, Ecke Kleine St. Anne
Filiale: Rößlau, Rößlauvorstr., Ecke Rößlau, Rößlau Str.
Emil Göbel, Lederhandlung.

Hersteller:
J. Kron, München

Dr. 4ling Seife
Unerreicht in Duft und Güte!



E. PASCHKY
Heute direkt aus Norweger Dampfer: Eine Doppel-Waggonladung blutfrische extra billige sehr große grüne Heringe Pfd. 600 M.
zum Braten, Sauermachen oder wie Schellfisch zu kochen!
Allerfeinste, extra große, extra fette
Matrel-Büdlinge 1/2 Pfd. 550 M.
Wir haben

groß Mengen Damen-Bekleidung sehr günstig eingekauft und sind in der Lage, sehr billig zu verkaufen. Einige Beispiele:

Serie I Übergangsmantel bestm. w. d. B. 120 cm lang 16500	Serie II Frühjahrs-Mantel d. d. Herren m. St. dr. d. W. d. I. 19500	Serie III Covercoat-Jacke Jede Form, sehr modern 19500	Serie IV Imp. Reg.-Mantel grün und blau, 180 cm lang 24500	Serie V Zuch-Mantel mit Vliesgewebe, elegant 39500
--	--	---	---	---

Dunkelblaues Cheviotkleid, m. Seidentressen garniert, 24500 M.
Reinweißes Kammgarn-Cheviotkleid, sehr preiswert, 55000 M.
Täglicher Eingang von Röcken, Blusen, Kostümen, Stoffen, teils aus alten Abschüssen, zu sehr vorteilhaften Preisen.
Nur 1. Etage **Scheffelstraße 17** Nur 1. Etage
1-3 geschl. **Birnberg & Co.** 1-3 geschl.

Ernst Nebler Nachf.
Bettnerstraße 7, Tel. 13017
empfiehlt
Weizenmehl feine weiße 960⁰⁰
Kraiser-Auszugs-Mehl 1080⁰⁰
Weizengrieß 1030⁰⁰
Schnittmehl hochfeine 980⁰⁰
Hartweizen-Makkaroni 1350⁰⁰
Kangoon-Zafelreis 930⁰⁰
Kaffee hochfeine Qualitätsware 3400⁰⁰
Kaffee gut und rein schmelzfest, frisch geröstet, 9600⁰⁰
Malzkaffee
Gebranntes Korn } 850⁰⁰
Runkelhonig 1/2-Pfd.-Pak. 550⁰⁰
Zafelöl Pfund 3600⁰⁰
Spirituosen
in großer Auswahl zu noch besonders günstigen Preisen! 1927

Biefchen. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung
An abme von Inseraten u. Druckaufträgen.
Baul Weidert, Althager Str. 12, Bandlung
Reichsmietengesetz
Die empfehlen das neueste Reichsmietengesetz
mit dem Grundbesitz-Besitzungen für Kapital und die Wohnbau-Sparen. Preis 150.- M.
Volksbuchhandlung und ihre Filialen.
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung
auf sämtliche Vertriebsliteratur u. sonstige Annahme von Inseraten beim
Kolporteur Johannes Schnell, Langebrück
Gödelstraße 11, I.
Rabenau Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, auf sämtliche Vertriebsliteratur und sonstige Bücher sowie Inserate für die Volkszeitung nimmt entgegen
Kolporteur Nikolaus Rabenau, Gödelstraße 11, I.

